



## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Gründung der parteiübergreifenden**

### **Initiative Freiheit in Deutschland**

**[www.Freiheit-in-Deutschland.de](http://www.Freiheit-in-Deutschland.de)**

#### **Kurzfassung (für Redaktionen):**

- Gründung der überparteilichen Initiative Freiheit in Deutschland ([www.Freiheit-in-Deutschland.de](http://www.Freiheit-in-Deutschland.de)).
- Ziel: Wiederherstellung der Freiheit und Meinungsfreiheit in Deutschland und der Europäischen Union.
- Einladung: Bürger, Medien, Verbände und Politiker aller Parteien können mitmachen und unterstützen.
- Weitere Informationen unter [www.Freiheit-in-Deutschland.de](http://www.Freiheit-in-Deutschland.de)

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitbürger, sehr geehrte Bundestags- und Landtagsabgeordnete aller Parteien, sehr geehrte Ministerpräsidenten aller Bundesländer, sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

hiermit gründe ich die Initiative Freiheit in Deutschland. Diese nimmt die vielfache Kritik von Millionen Bürgern sowie Wissenschaftlern und Rechtsanwälten an der Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland ernst und macht Vorschläge, wie die Freiheit und Meinungsfreiheit wiederhergestellt und geschützt werden kann.

In dieser Pressemitteilung kritisieren wir die Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Deutschland und der Europäischen Union und verdeutlichen insbesondere die:

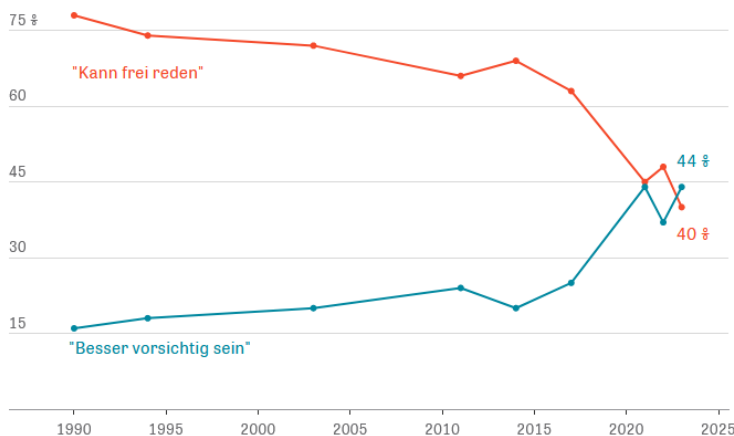
- 1) Kritik vieler Bürger an der Einschränkung der Meinungsfreiheit**
- 2) Kritik vieler Wissenschaftler an der Einschränkung der Meinungsfreiheit**
- 3) Kritik vieler weiterer großer Personengruppen an der Einschränkung der Meinungsfreiheit**
- 4) Kritik von Rechtsanwälten an der Einschränkung der Meinungsfreiheit**

# 1) Mehr als 30 Millionen Bürger gehen subjektiv davon aus, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht mehr voll gewährleistet ist. Dieses Wählerpotenzial ist enorm.

- **Umfragen zur „gefühlten“ Meinungsfreiheit** – Aktuelle Studien untermauern den Eindruck einer Meinungsunterdrückung. So ergab eine Allensbach-Umfrage von Oktober **2025**, dass nur **46 %** der Deutschen das Gefühl haben, ihre politische Meinung frei äußern zu können.
- **Seit 1953** befragt das Institut für Demoskopie in Allensbach die Deutschen, wie frei sie sich fühlen. Zum Vergleich: im Jahr **1990** waren **78 %** der Befragten überzeugt, sie könnten sich äußern, ohne Gefahr zu laufen, dass ihnen dies schaden könnte. Im Jahr **2023** war das Ergebnis, dass gerade noch **40 %** der Befragten sagten, dass man seine Meinung frei sagen könnte. **Das war der niedrigste Wert in einer solchen Allensbach-Umfrage seit 1953.**
- Die ZEIT titelte damals: **Nur 40 Prozent der Deutschen glauben, Meinung frei äußern zu können. Noch nie gab es in der Bundesrepublik so große Bedenken, politische Meinung frei zu artikulieren. Nur Anhänger der Grünen sind noch von der Meinungsfreiheit überzeugt.** Quelle: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023>

## Gefühlte Meinungsfreiheit im Zeitvergleich

"Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?"



Quelle: IfD-Umfrage

- Die Autoren der Studie sprechen von einem anhaltenden Tiefstand der „gefühlten Meinungsfreiheit“: Die aktuellen Werte liegen deutlich unter früheren Jahrzehnten und bewegen sich im Bereich der niedrigsten Werte der Zeitreihe. Quellen: <https://www.pro-medienmagazin.de/viele-deutsche-haben-zweifel-an-meinungsfreiheit/> ; <https://polisphere.eu/politticker/umfrage-zu-politischer-meinungsauesserung> ; <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023> ; <https://evangelische-zeitung.de/umfrage-44-prozent-halten-sich-mit-eigener-meinung-lieber-zurueck>

## 2) Viele deutsche Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht mehr voll gewährleistet ist

Im Folgenden finden Sie eine Auswahl deutscher Wissenschaftler, die eine Gefährdung bzw. Verkürzung der Meinungsfreiheit in Deutschland kritisieren:

### **Prof. Peter Michael Huber (Staatsrechtler, LMU München; ehem. Richter des Bundesverfassungsgerichts)**

- Position: Kritisierte die schwarz-roten Pläne zu „Hass und Hetze“ und mehr Medienaufsicht als verfassungsrechtlich bedenklich; vage Begriffe seien „Einfallstore“ für ideologische Einflussnahme, der „Korridor des Sagbaren“ werde verengt, und bei der Meinungsfreiheit sei „etwas ins Rutschen geraten“, das das Grundrecht auszuhöhlen drohe.
- Beleg: Interview im stern vom 2.4.2025 („Einschränkung der Meinungsfreiheit: Früherer Verfassungsrichter warnt“).  
<https://www.stern.de/politik/deutschland/einschraenkung-der-meinungsfreiheit-frueherer-verfassungsrichter-warnt-35600562.html>

---

### **Prof. Dr. Josef Franz Lindner (Öffentliches Recht, Medizinrecht, Rechtsphilosophie, Universität Augsburg)**

- Position: Er kritisiert die neue Verfassungsschutz-Kategorie „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ und deren Einsatz gegen missliebige Kritik als „strukturelle Gefährdung der Meinungsfreiheit“ und warnt vor einer „Wohlverhaltens-Demokratie“, in der Menschen sich aus Angst vor Beobachtung anpassen.
- Er bezeichnet im Zusammenhang mit EU-„Trusted Flaggen“ das System selbst als Gefahr für Art. 5 GG, weil rechtmäßige Meinungen in ein Löseregime geraten können.
- Belege:
- Verfassungsblog-Beitrag „Trusted Flagger als Gefahr für die Meinungsfreiheit“ (8.11.2024). <https://verfassungsblog.de/trusted-flagger-als-gefahr/>
- Zitate im WELT-Artikel zur Haldenwang-Kontroverse („strukturelle Gefährdung der Meinungsfreiheit“, „Wohlverhaltens-Demokratie“).  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article250975922/Verfassungsschutz-Chef-Haldenwang-Wehrhafte-Demokratie-oder-Grenzueberschreitung.html>

---

### **Prof. Christoph Degenhart (em. Staatsrechtler, Universität Leipzig)**

- Position: Kritisiert scharfe strafrechtliche Maßnahmen gegen Online-Äußerungen (z.B. besondere Schutzvorschriften für Politiker,

verschärfte Verfolgung von „Hass und Hetze“) als überzogene Eingriffe, die legitime Meinungsäußerungen treffen und ein „Klima der Einschüchterung“ mit wachsender Selbstzensur erzeugen.

- Beleg: In Berichten u.a. der Welt über den massiven Ausbau von Meldestellen und Strafnormen gegen Online-Hetze wird Degenhart als Jurist zitiert, der vor unverhältnismäßigen Maßnahmen, Einschränkung der Meinungsfreiheit und zunehmender Selbstzensur warnt.  
[https://www.novo-argumente.com/artikel/ich\\_sehe\\_hier\\_einen\\_einschuechterungseffekt](https://www.novo-argumente.com/artikel/ich_sehe_hier_einen_einschuechterungseffekt)

---

### **Prof. Dr. Dr. Frauke Rostalski (Strafrecht, Rechtsphilosophie, Universität Köln)**

- Position: Analysiert die Vielzahl neuer und verschärfter Meinungsdelikte (verhetzende Beleidigung, § 188 StGB, neue Variantentatbestände usw.) und die strenge Verfolgung auch geringfügiger „Politikerbeleidigungen“. Sie spricht explizit von einer „Verkürzung der Meinungsfreiheit“ und warnt, dass daraus Selbstzensur selbst bei rechtlich zulässigen Äußerungen entstehe.
- Beleg: Gastbeitrag in der Legal Tribune Online vom 23.4.2025: „Die verletzte Gesellschaft und das Strafrecht: ‘Zugriffe auf die Meinungsfreiheit erleben Konjunktur““. <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/strafrecht-verschaerfungen-meinungsfreiheit-diskurs-rostalski>

---

### **Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Paqué (Volkswirt, ehem. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit)**

- Position: Spricht explizit von einer Gefahr für die Meinungsfreiheit in Deutschland und davon, dass Meinungsfreiheit und Diskussionskultur akut bedroht seien. Er führt das auf eine Mischung aus universitärer Feigheit und „rot-grün-linker Intoleranz“ gegenüber unliebsamen Positionen zurück.
- Beleg: Essay „Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr! In Deutschland sind Meinungsfreiheit und Diskussionskultur akut bedroht“ auf der Website der Friedrich-Naumann-Stiftung (2019).  
<https://www.freiheit.org/de/deutschland/die-meinungsfreiheit-ist-gefahr>

---

### **Prof. Dr. Maria-Sibylla Lotter (Philosophie, Ruhr-Universität Bochum)**

- Position: Warnt vor „Denkverboten“ und einer zunehmend tabuisierenden Streitkultur an deutschen Universitäten, insbesondere bei Themen wie Islamismus, Ehrenmorden oder Flüchtlingspolitik.
- Betont, dass eine Demokratie nur funktioniere, „solange alle die Möglichkeit haben, öffentlich ihre Meinung kundzutun“, und kritisiert, dass abweichende Meinungen schnell als unmoralisch oder „rechts“ markiert und aus dem Diskurs gedrängt würden.

- Belege:
- Beitrag des Verlags Karl Alber: „Wissenschaftsfreiheit in Gefahr: Maria-Sibylla Lotter warnt vor Denkverboten an deutschen Universitäten“, der ihr ZEIT-Interview zusammenfasst (2024). <https://verlag-alber.de/wissenschaftsfreiheit-in-gefahr-professorin-lotter-warnt-vor-denkverboten-an-deutschen-universitaeten/> ; <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/maria-sibylla-lotter-philosophin-wissenschaftsfreiheit-streitkultur/komplettansicht>
- Deutschlandfunk-Feature „Meinungsfreiheit – Wo die Grenzen des Sagbaren liegen“, in dem sie den „zu engen Korridor des Sagbaren“ bei Reizthemen (Schuld, Flüchtlinge) kritisiert. <https://www.deutschlandfunk.de/meinungsfreiheit-wo-die-grenzen-des-sagbaren-liegen-100.html>

---

**Prof. Dr. Ingo von Münch (emeritierter Prof. für Staats- und Völkerrecht, Universität Hamburg)**

- Position: Kritisiert seit Jahren, dass „Political Correctness“ den öffentlichen Debattenraum verengt. In seinem Buch „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness“ und in Interviews beklagt er, dass bestimmte Positionen de facto nicht mehr geäußert werden können, ohne mit massiver moralischer Diskreditierung rechnen zu müssen, und wirft Medien einseitige Berichterstattung vor.
- Beleg: [https://www.amazon.de/Meinungsfreiheit-gegen-Political-Correctness-M%C3%BCnch/dp/3428152689/ref=sr\\_1\\_1?\\_mk\\_de\\_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&crd=2K5QT1KNW5YA6&dib=eyJ2IjojMSJ9.DDgm2juafVrZODuvb9nb4rmD\\_ETZq6LTlz8l1Xb5HLIaFzkzvFIBVjDHa\\_HE3Mc\\_dj2da8kBm7coJS-UgH4GMrXdKhlL5Z\\_Dw-6DaA\\_djBQb3jkkkAGRa55zxhO28vvRbBaWc8JteF5gUiFJqr99AMA.WODuiGjEnblxKH5FS7cELes7FNZeFSAefgiRIGR7LAK&dib\\_tag=se&keywords=M%C3%BCnch%3A+Meinungsfreiheit+gegen+Political+Correctness&qid=1767143506&srefix=m%C3%BCnch+meinungsfreiheit+gegen+political+correctness%2Caps%2C146&sr=8-1](https://www.amazon.de/Meinungsfreiheit-gegen-Political-Correctness-M%C3%BCnch/dp/3428152689/ref=sr_1_1?_mk_de_DE=%C3%85M%C3%85%C5%BD%C3%95%C3%91&crd=2K5QT1KNW5YA6&dib=eyJ2IjojMSJ9.DDgm2juafVrZODuvb9nb4rmD_ETZq6LTlz8l1Xb5HLIaFzkzvFIBVjDHa_HE3Mc_dj2da8kBm7coJS-UgH4GMrXdKhlL5Z_Dw-6DaA_djBQb3jkkkAGRa55zxhO28vvRbBaWc8JteF5gUiFJqr99AMA.WODuiGjEnblxKH5FS7cELes7FNZeFSAefgiRIGR7LAK&dib_tag=se&keywords=M%C3%BCnch%3A+Meinungsfreiheit+gegen+Political+Correctness&qid=1767143506&srefix=m%C3%BCnch+meinungsfreiheit+gegen+political+correctness%2Caps%2C146&sr=8-1)

---

**Prof. em. Dr. jur. Rupert Scholz (Staatsrechtler, ehem. Uni München, Ex-Verteidigungsminister)**

- Position: Kritisiert u.a. Faesers Kurs zur „Delegitimierung des Staates“ und das Vorgehen gegen „Compact“ als verfassungswidrig; wirft der Regierung vor, damit „die Meinungsfreiheit, das Kernrecht unseres demokratischen Rechtsstaates“ zu delegitimieren und warnt vor einem Rückfall in DDR-artige Gesinnungskontrolle.
- Quelle: BILD am Sonntag / BILD.de zur Debatte um „Delegitimierung des Staates“ und das Verbot von „Compact“. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/streit-um-regierungsplaene-die-an-ddr-zeiten-erinnern-ist-die-meinungsfreiheit-i-87543872.bild.html>

---

### Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier (Staatsrechtler, ehem. Präsident des BVerfG)

- Position: In seinem Buch „Freiheit in Gefahr“ und Interviews argumentiert er, dass zentrale Freiheitsrechte – ausdrücklich auch die Meinungsfreiheit – zunehmend bedroht seien, u.a. durch unverhältnismäßige Sicherheits-, Corona- und Überwachungsmaßnahmen sowie digitale Überkontrolle.
- Quelle: Buch „Freiheit in Gefahr“ und Rezensionen/Zusammenfassungen (Friedrich-Naumann-Stiftung, Deutschlandfunk Kultur).  
<https://www.freiheit.org/de/deutschland/hans-juergen-papier-freiheit-gefahr-warum-unsere-freiheitsrechte-bedroht-sind-und-wie>

---

### Prof. Dr. Volker Böhme-Neßler (Staatsrechtler, Universität Oldenburg)

- Position: Böhme-Neßler zeichnet das Bild einer schleichenden, „zentimeterweisen“ Erosion der Meinungsfreiheit: Nicht ein einzelnes Verbot, sondern ein Bündel aus staatlich/staatsnah organisierten Melde- und Kontrollstrukturen (z. B. Meldestellen/„Trusted Flaggers“), einer Politik gegen „Hass und Hetze“ auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze sowie Strafrechts- und Regulierungsverschärfungen führe in Summe zu Einschüchterungseffekten und einer verfassungsrechtlich problematischen Verengung des demokratischen Diskursraums. **Der DSA befördert ein Melde-/Denunziationssystem. Dies ist eine Gefahr für den demokratischen Diskurs.** Solche Instrumente bergen das Risiko, dass Bürger **eingeschüchtert** werden und sich weniger äußern; das beschädigt die Demokratie. **Der Digital Services Act wird als Hebel gegen „unliebsame“ Meinungen genutzt. Der Digital Services Act zeigt ein repressives EU-Internetverständnis.** Der Digital Services Act ist Ausdruck einer Politik, die die **Freiheit des Internets eher als Bedrohung** sieht. Ein staatlich finanziertes Netz von Meldestellen fördert Denunziationen auch nicht strafbarer Meinungen.
- Quellen: <https://www.cicero.de/innenpolitik/meldestellen-und-trusted-flagger-staatlich-gefordertes-denunzieren-die-demokratie-stirbt-zentimeterweise-> ; <https://www.cicero.de/kultur/mark-zuckerberg-facebook-faktenchecker-meinungsfreiheit-digital-services-act> ; <https://www.cicero.de/aussenpolitik/social-media-ab-16-die-eu-auf-dem-burokratisch-repressiven-irrweg> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/volker-boehme-nessler-traub-podcast-meinungsfreiheit-verfassungsschutz-habeck> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/schutz-des-gemeinwohls-wie-man-mit-unscharfen-begriffen-und-dem-strafrecht-die-meinungsfreiheit-einschrant> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/demokratieverstandnis-des-verfassungsschutz-prasidenten-die-meinungsfreiheit-ist-ein-freibrief> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/reichert-urteil-bundesverfassungsgericht-meinungsfreiheit> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/meinungsfreiheit-was-der-kampf-gegen-hass-und-hetze-mit-einem-nazi-gesetz-zu-tun-hat> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/bewahrungsstrafe-fur-faeser-satire-ein-urteil-das-einschuchtern-soll> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/freiheit-stirbt-durch-einschuchterung-der-aktionstag-gegen-hass-und-hetze-schadet-der->

demokratie ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/bundesverwaltungsgericht- hebt-compact-verbot-auf-ein-sieg-fur-die-pressefreiheit-und-fur-die-verfassung> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/vom-rechts--zum-einschuechterungsstaat- das-recht-als-waffe> ; Angstpolitik. Das Grundgesetz in der Krise: <https://www.thalia.de/shop/home/artikeldetails/A1076744204>

---

### **Prof. Dr. Arnd Uhle (Öffentliches Recht, Universität Leipzig)**

- Position: Kritisierte bereits das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) aus grundrechtlicher Sicht: Wenn die Löschung von Inhalten in die Verantwortung privater Plattformen verlagert wird, stellt sich die Frage, ob die Regelung nicht zu unverhältnismäßigen Eingriffen in die Kommunikationsfreiheiten führt. Er wies zudem darauf hin, dass solche Konstruktionen Anreize zu übermäßigem Löschen („Overblocking“) setzen können und dadurch ein abschreckender Effekt („chilling effect“) auf Meinungsäußerungen droht.
- Er sieht dadurch Gefährdungen für die Offenheit des demokratischen Willensbildungsprozesses, weil nicht nur staatliche Eingriffe, sondern auch Einschüchterungs- und Konformitätswirkungen dazu führen können, dass Meinungsfreiheit nicht mehr freimütig ausgeübt wird.
- Quellen: Arnd Uhle, Vorwort zu Information und Einflussnahme. Gefährdungen der Offenheit des demokratischen Willensbildungsprozesses (Duncker & Humblot), Leseprobe (PDF): [https://www.duncker-humblot.de/\\_files\\_media/leseproben/9783428554379.pdf](https://www.duncker-humblot.de/_files_media/leseproben/9783428554379.pdf)

---

### **Prof. Dr. Christoph Gröpl (Staats- und Verwaltungsrecht, Universität des Saarlandes)**

- Position: Menschen, die in vermeintlichen Tabuthemen anderer Meinung sind, trauen sich immer weniger, ihre Ansichten zu äußern. Das stellt eine ernste Gefahr für die freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung dar, die durch das Grundgesetz garantiert ist.
- Quelle: [https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/saarbruecken/saarbruecken/homo-ehe-warum-ein-staatsrechtler-der-saar-uni-die-ministerpraesidentin-verteidigt\\_aid-1544300](https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/saarbruecken/saarbruecken/homo-ehe-warum-ein-staatsrechtler-der-saar-uni-die-ministerpraesidentin-verteidigt_aid-1544300) ; Zensur(un)kultur auch bei Juristen: [https://www.uni-saarland.de/fileadmin/upload/lehrstuhl/groeppl/Allgemeine\\_Dokumente/ Sprachnachrichten2022-01.pdf](https://www.uni-saarland.de/fileadmin/upload/lehrstuhl/groeppl/Allgemeine_Dokumente/ Sprachnachrichten2022-01.pdf)

---

### **Prof. em. Dr. Susanne Schröter (Ethnologie / Islamforschung, Goethe-Universität Frankfurt)**

- Position: „In Wahrheit verfolgt Faesers „Anti-AfD-Gesetz“ eine links-grüne Agenda ... Obwohl es heißt, man wolle die Resilienz der Demokratie stärken, ist offenkundig, dass es insgesamt weniger um eine Rückgewinnung der Abtrünnigen durch Überzeugung gehen soll als um Repression. Angekündigt

wird beispielsweise, gegen Personen vorzugehen, die den Staat „verhöhnern“. Der Leser reibt sich verwundert die Augen. Was soll das bedeuten? Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert jedem Bundesbürger „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten“ und dazu gehört selbstverständlich auch die Kritik an der Regierung oder an staatlichen Organen. Im bereits erwähnten Karneval ist die Verhöhnung der Obrigkeit sogar konstitutiv. Sollen die Motivwagen in Köln und Mainz zukünftig zu säkularen Heiligenschreinen mutieren? ... Doch Spaß beiseite. Das Grundgesetz, dem die Erfahrung mit einem totalitären Staat zugrunde liegt, garantiert individuelle Freiheitsrechte gegenüber dem Staat und schützt den Bürger vor dem Staat. Dass der Staat jedoch tatsächlich beabsichtigt, Kritik zu verhindern und diese sogar unter Extremismusverdacht stellt, wurde bereits im Verfassungsschutzbericht 2021 deutlich, in dem ein Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ kriert wurde. Der Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek hatte damals betont, der Verfassungsschutz verwechsle Kritik an der Regierung, die ein verfassungsrechtlich verbürgtes Recht sei, mit Kritik am Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Regierungskritik sei nicht nur erlaubt, sondern für einen demokratischen Diskurs sogar notwendig.“

- Quelle: [https://www.focus.de/politik/meinung/gastbeitrag-von-susanne-schroeter-in-wahrheit-verfolgt-faesers-anti-afd-gesetz-eine-links-gruene-agenda\\_id\\_259688790.html](https://www.focus.de/politik/meinung/gastbeitrag-von-susanne-schroeter-in-wahrheit-verfolgt-faesers-anti-afd-gesetz-eine-links-gruene-agenda_id_259688790.html)

---

### **Prof. em. Dr. Norbert Bolz (Medienwissenschaften, TU Berlin)**

- Position: „... die EU mit ihrem Digital Services Act, die den repressiven Rahmen vorgibt. Angeblich will man „Desinformation“ bekämpfen. Doch wer definiert, was Desinformation ist? Wer definiert, was „Hass und Hetze“ ist? In Wahrheit handelt es sich um die systematische Unterdrückung von unliebsamen Informationen und Meinungen, die vom rot-grünen Mainstream abweichen. Wir haben es hier mit einer neuen, modernen Form von Zensur zu tun. Überwachung, Umerziehung und Denunziation greifen dabei harmonisch ineinander.“
- Quelle: [https://www.focus.de/wissen/mensch/philosophie/die-neuen-jakobiner-essay\\_id\\_1905105.html](https://www.focus.de/wissen/mensch/philosophie/die-neuen-jakobiner-essay_id_1905105.html) ; [https://www.achgut.com/artikel/der\\_mensch\\_ist\\_gut.\\_das\\_kommende\\_regierungsprogramm](https://www.achgut.com/artikel/der_mensch_ist_gut._das_kommende_regierungsprogramm) ; [https://www.achgut.com/artikel/der\\_journalist\\_als\\_oberlehrer](https://www.achgut.com/artikel/der_journalist_als_oberlehrer) ; <https://kontrafunk.radio/de/sendung-nach hoeren/politik-und-zeitgeschehen/kontrafunk-aktuell/kontrafunk-aktuell-vom-14-august-2025>

---

### **Prof. em. Dr. Reinhard Merkel (Strafrecht und Rechtsphilosophie, Universität Hamburg)**

- Position: Als Mitinitiator des „Netzwerks Wissenschaftsfreiheit“ kritisiert er Cancel-Culture-Mechanismen. Er beschreibt eine „latente Drohung informeller Sanktion“, durch die Wissenschaftler mit unpopulären Positionen moralisch

stigmatisiert und faktisch „gencancelt“ würden; das erzeugt Angst und Selbstzensur und gefährde Wissenschafts- und Meinungsfreiheit.

- Quelle: Berichte über das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit (Welt, epd) und seine Aussagen in Podien/Interviews.  
<https://www.idea.de/spektrum/wissenschaftler-wenden-sich-gegen-cancel-culture>

---

**Prof. Dr. Andreas Rödder (Neueste Geschichte, Johannes Gutenberg-Universität Mainz)**

- Position: Historiker und Sprecher des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit; sagt im Deutschlandfunk-Interview, die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland sei „in Gefahr“ und beklagt, „das Sagbare soll eingeschränkt werden“ – insbesondere an Universitäten, wo moralische Diffamierung zum Disziplinierungsinstrument werde.
- Quelle: Dlf-Kultur-Gespräch „Das Sagbare soll eingeschränkt werden“ und Berichte zum Netzwerk Wissenschaftsfreiheit.  
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/netzwerk-wissenschaftsfreiheit-das-sagbare-soll-100.html>

---

**Dr. Johanna Rinceanu, LL.M. (Strafrechtlerin, Senior Researcher am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht)**

- Position: Analysiert den EU-Digital Services Act (DSA) und warnt vor einer „konkreten Gefährdung der Meinungsfreiheit und der Demokratie insgesamt“, weil private Plattformen zu Gatekeepern und faktischer „Paralleljustiz“ über zulässige Inhalte gemacht würden. "Digitale Dienstleister werden auf diese Weise in die Rolle einer privaten Paralleljustiz gedrängt", mahnt sie – und warnt vor einer konkreten Gefährdung der Meinungsfreiheit und der Demokratie insgesamt.
- Quelle: Hörsaal-Vortrag beim Dlf Nova: „Digital Services Act: Bedroht Internetregulierung die Meinungsfreiheit?“ – Deutschlandfunk Nova.  
<https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/digital-services-act-bedroht-internetregulierung-die-meinungsfreiheit>

---

**Prof. Dr. Henrieke Stahl (Slavistische Literaturwissenschaft, Universität Trier)**

- Position: „Unter dem Deckmantel wie Recht und Gesundheit entsteht ein autoritärer Steuerungsapparat, der die individuelle Würde und die freie Meinungsäußerung systematisch untergräbt. ... Aus der Koordination privatwirtschaftlicher und staatlicher Interessen wird ein strukturierter Zensurkomplex als Businessmodell aufgebaut, der auf eine koordinierte, effektive Durchsetzung der Löschung von Desinformation aus der Sicht der von WHO und EU eingesetzten Organisationen zielt. Es gilt die Beweislastumkehr: Der Nutzer muss sein Recht auf Meinungsfreiheit im Fall

einer Löschung selbst mit Klagen vor Gericht durchsetzen. Zu der geschilderten Situation durch WHO und den DSA in der EU kommen nationale Besonderheiten hinzu. Deutschland hat in den letzten Jahren eine Konstellation von Gesetzesänderungen entwickelt, welche den Spielraum von Meinungsäußerungen gegenüber früher deutlich einengen, zum Beispiel durch Verschärfung des Disziplinarrechts und auch durch die Verschärfung der Sanktionierung von Politikerbeleidigung seit 2021 (§ 188 StGB). Die Politikerbeleidigung zählte neben Volksverhetzung (§ 130 StGB) zu den Hauptanlässen für frühmorgendlichen Besuch, den rund 65 Haushalte in der vergangenen Woche im Rahmen des 12. Aktionstags gegen Hasspostings in Deutschland erhielten. Es kam zu „180 Maßnahmen für mehr als 140 Ermittlungsverfahren“, die meisten sollen aus dem „rechten Spektrum“ gekommen sein. Die Ahndung der Politikerbeleidigung ist in Deutschland auch ein einträgliches Geschäftsmodell für Organisationen wie So Done oder Hateaid.“ ... „Ein freiheitliches Mensch- und Rechtsverständnis muss wiederhergestellt werden. Wir leben in einer Zeit der Erosion freiheitlicher Demokratie, indem Gesetz und Rechtsprechung nicht mehr primär zum Schutz, sondern vielmehr zur Lenkung des Bürgers benutzt werden.“ – „Es braucht Mut, sich des eigenen Verstandes zu bedienen. Zur vollumfänglichen Wiederherstellung der Meinungsfreiheit müsste die wehrhafte Demokratie wieder auf ihre frühere Form zurückgeführt werden. Der Verfassungsschutz sollte sich auf seine ursprünglichen Kernaufgaben zurückbesinnen. Eine ganze Reihe an Gesetzen bzw. Gesetzesänderungen, auch auf EU-Ebene, welche die Meinungsäußerungsfreiheit einhegen und politische Einflussnahme ermöglichen, sollte aufgehoben werden.“

- Quellen: „Die ‚wehrhafte Demokratie‘ ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit“ – Cicero. <https://www.cicero.de/innenpolitik/63-jahre-nach-der-spiegel-affare-die-neue-wehrhafte-demokratie-und-die-einschränkung-der-meinungsfreiheit/>; „Rechtssozialismus und die Gefährdung der Meinungsfreiheit“ – Tichys Einblick. <https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/rechtssozialismus-und-die-gefaehrung-der-meinungsfreiheit/>

---

#### **Prof. Dr. Michael Sommer (Alte Geschichte, Universität Oldenburg)**

- Position: Kritisiert im Zusammenhang mit der Ausladung / Nicht-Einladung missliebiger Wissenschaftler an Universitäten die Cancel-Culture-Praxis.
- Quelle: „Cancel Culture an der Uni – Storno statt Streitkultur“ – Cicero. <https://www.cicero.de/kultur/geschichtswissenschaft-cancel-culture-osnabrueck-egon-flaig>

---

#### **Prof. Dr. Peter Hoeres (Neueste Geschichte, Universität Würzburg)**

- Position: In einem Podcast-Interview erklärt er, die Wissenschaftsfreiheit sei bedroht, weshalb er zusammen mit anderen das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ gegründet habe. Der Titel des Beitrags lautet entsprechend „Wissenschaftsfreiheit in Gefahr“.

- Quellen: Podcast „Woche 45: Wissenschaftsfreiheit in Gefahr“ – Thema der Woche / Prof. Peter Hoeres.  
<https://www.podcast.de/episode/643160745/woche-45-wissenschaftsfreiheit-in-gefahr>

---

### **Dr. Harald Schulze-Eisentraut (Archäologe)**

- Position: Herausgeber des Sammelbands „Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Wie die Cancel Culture den Fortschritt bedroht und was wir alle für eine freie Debattenkultur tun können“. Wenn Wissenschaftler abweichende Thesen vertreten, werden diese häufig durch Diffamierung aus akademischen Projekten und Debatten ausgeschlossen. Um Repressalien zu vermeiden, üben sich daher viele Wissenschaftler in voreuseilendem Gehorsam und schränken ihre Arbeit selbst ein. Der Band versammelt Beiträge von Wissenschaftlern unterschiedlicher Fächer. Sie behandeln die Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit vor allem in den Debatten zu Corona-Pandemie, Klimawandel, Migration und Geschlechterforschung. Die Autoren untersuchen historische, ideologische und politische Faktoren, die zur aktuellen Situation geführt haben. Einige Autoren berichten von eigenen Erfahrungen mit der Verletzung der Wissenschaftsfreiheit. In einem sind sich alle Autoren einig: Cancel Culture hat in der Wissenschaft nichts zu suchen. Ohne Wissenschaftsfreiheit gibt es keinen Fortschritt.
- Quelle: „Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit. Wie die Cancel Culture den Fortschritt bedroht und was wir alle für eine freie Debattenkultur tun können“:  
<https://www.fachportal-paedagogik.de/literatur/vollanzeige.html?FId=3537240>

---

### **Dr. Alexander Ulfig (Philosoph, Co-Herausgeber desselben Bandes)**

- Position: Co-Herausgeber des oben genannten Buches; schon in der Einleitung wird deutlich, dass die Autoren von einer realen Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit durch Cancel Culture etc. an deutschen Hochschulen ausgehen. „Immer mehr Hochschullehrer beklagen die Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit. Als Ursachen dafür nennen sie bestimmte ideologische Vorgaben, Leitlinien der sogenannten Politischen Korrektheit und die an deutschen Hochschulen sich breit machende Intoleranz. Dabei gehören die Meinungs- und die Wissenschaftsfreiheit zu den wichtigsten Errungenschaften der westlichen Zivilisation. Die Meinungsfreiheit wird als das Recht bestimmt, die eigene Meinung ungehindert zu äußern. Dieses Recht wird im Gefolge der europäischen Aufklärung als ein allgemeines Menschenrecht proklamiert. Der Mensch muss das Recht haben, seine Meinung öffentlich zu äußern, das bedeutet, die Ergebnisse seines Nachdenkens einem breiten Publikum mitzuteilen und somit zur Prüfung vorzulegen. Die Meinungs- und die aus ihr abgeleitete Wissenschaftsfreiheit sind somit ein notwendiges Instrument der Wahrheitsfindung. Die öffentliche Prüfung ist ein wichtiger Bestandteil von Wahrheitsfindung. Das wiederum ist eine Bedingung für den Fortschritt. Ein freier Diskurs, in dem die Wahrheit von Aussagen festgestellt wird, ist eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Menschheit. Darüber hinaus sind das

freie Äußern und Konkurrieren von Meinungen eine Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. Bestimmend für die Demokratie sind nicht Harmonie und Einklang, sondern Widerspruch, Streit und Konflikt – übrigens bereits in der Demokratie des klassischen Griechenlands. Die Demokratie zeichnet sich durch Meinungsvielfalt, Pluralismus und nicht durch eine Einheitsmeinung aus. Das im Gefolge der europäischen Aufklärung postulierte Recht auf Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit wurde in den Menschenrechtserklärungen, den Verfassungen der Nationalstaaten und den Rechtskonventionen übernationaler Gemeinschaften festgeschrieben.“

- Quelle: <https://www.m-vg.de/mediafiles/Leseprobe/9783959726511.pdf>

---

**Prof. Dr. Arnd Diringer (Professor für Öffentliches Recht, Hochschule Ludwigsburg)**

- Position: In seinem WELT-Kommentar „Wir müssen die Freiheit der Wissenschaft vor den Ideologen schützen“ schreibt er, dass die Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen bedroht ist. Er beruft sich dabei u.a. auf eine Allensbach-Umfrage unter Wissenschaftlern und eine Studie des Hochschullehrerbundes und warnt vor einer politisch motivierten Aushöhlung der Freiheit von Forschung und Lehre.
- Quellen: <https://www.welt.de/234721046> ;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article232656823/Recht-behalten-Kampf-um-die-Wissenschaftsfreiheit.html> ;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus214768182/Sprache-Gender-Zwang-an-Hochschulen-vs-Grundrechte.html> ;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus226683385/Arnd-Diringer-Wissenschaft-Forschung-und-Lehre-sind-frei.html> ;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus246514102/Cancel-Culture-Bis-zur-Vernichtung-sozialer-Existenzen.html> ;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus248917194/Postkolonialismus-Wenn-wir-nicht-aufpassen-werden-Unis-zu-Zentren-der-Indoktrination.html>

---

**Prof. Dr. Bernhard Kempen (Öffentliches Recht, Universität zu Köln; Präsident des Deutschen Hochschulverbands)**

- Position: Er sagt wörtlich: „Ich beobachte eine Aushöhlung der Wissenschaftsfreiheit von innen heraus“ und kritisiert eine Verengung des Diskurses an Unis, Shitstorms gegen unbequeme Thesen und Sprachreglementierung als ernsthafte Gefahr für wissenschaftliche Pluralität.
- Quelle: <https://www.die-debatte.org/debattenkultur-interview-kempen/>

---

## Prof. Dr. Dieter Schönecker (Praktische Philosophie, Universität Siegen)

- Position: Verteidigt das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit; betont, es gebe die Fälle von Cancel Culture „in immer schneller wachsender Zahl“ und spricht explizit von Versuchen, die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland einzuschränken, etwa durch Vorlesungssprengungen und Zensur begutachteter Artikel.
- Quelle: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/debatte-um-netzwerk-wissenschaftsfreiheit-eine-vorlesung-zu-100.html>

---

## Prof. Dr. Christoph Lütge (Peter Löscher-Stiftungslehrstuhl für Wirtschaftsethik, Technische Universität München)

- Position: Lütge bezeichnet die Corona-Jahre als Krise demokratischer Debattenkultur. Er nennt dabei Meinungsvielfalt und Pluralismus als zentralen Maßstab und fragt, wie es zur Erosion offener Diskussion kommen konnte.
- Nach seiner Entlassung aus dem Bayerischen Ethikrat wegen Corona-Kritik kritisiert er eine politische Indienstnahme der Wissenschaft. Er stellt fest, dass politische Entscheidungen und der öffentliche Umgang mit Kritik während der Corona-Krise dazu beigetragen hätten, dass sich viele Menschen nicht mehr trauten, ihre Sorgen und abweichenden Meinungen offen zu äußern. Er warnt davor, Kritiker abzustempeln oder zu diffamieren, da dies die demokratische Kultur und Meinungsfreiheit sowie den Pluralismus beeinträchtigt. Zudem stellt er eine Verengung der öffentlichen Meinung, insbesondere in den klassischen Medien, fest.
- In seinem Gastbeitrag „Verhältnismäßigkeit ist die neue Freiheit“ beschreibt Lütge die „**Diskussionsoffenheit**“ als Prüfstein demokratischer Krisenpolitik: Bereits am Anfang der Pandemie war eine Tendenz wahrnehmbar, dass alles in eine Richtung laufen solle – und dass Diskussionen über Lockerungen oder Alternativen nicht nur sachlich kritisiert, sondern **aktiv verhindert** wurden. Für ihn ist Diskussionsoffenheit ein Schutzmechanismus gegen Politikfehler: Wer alternative Auffassungen nicht hört, produziert eine **Monokultur**, und diese Monokultur ist mit demokratischer Debattenführung unvereinbar.
- Lütge stellt fest, dass Krisen Anreize zur **Konformität** erzeugen und Konformität wiederum die Bereitschaft senkt, öffentlich abzuweichen – selbst dann, wenn Zweifel sachlich begründet sind. Er beschreibt dies mit dem sozialpsychologischen Begriff „Groupthink“ und betont das wissenschaftsethische Gegenprinzip: **In der Wissenschaft geht es nicht um Mehrheiten; auch Einzelne können Recht haben und behalten.** Gerade deshalb ist es fatal, wenn „andere Meinungen“ zwar existieren, aber „nicht mehr zu äußern gewagt“ werden.
- Er betont, was eine demokratische Öffentlichkeit aushalten muss: **offenes Sprechen über Fehlentwicklungen**, auch wenn es unangenehm ist. Wenn man das Monströse „lieber vergessen“ wolle, sei das psychologisch verständlich – politisch aber gefährlich, weil Aufarbeitung und Lernfähigkeit genau daran hängen, dass kontroverse Wahrnehmungen ausgesprochen werden dürfen.
- **Abweichende Stimmen müssen systematisch gehört werden: in Verfahren, in den Medien und in den Beratungsgremien.** Widerspruch darf

nicht als Störung gelten, sondern als notwendiger Teil rationaler Entscheidungsfindung. In den Corona-Jahren haben Politiker sich früh bestimmte Experten gezielt herausgesucht, die eine bestimmte Strategie vorschlugen. Wenn Beratung und Öffentlichkeit so gestaltet werden, dass abweichende Meinungen strukturell ungehört bleiben, verengt sich der Meinungsspielraum – und behindert damit die demokratische Kontrolle von Krisenpolitik.

- Quellen: „Und die Freiheit? Wie die Corona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen“ (Lütge/Esfeld, 2021): [https://www.ebook.de/de/product/40436158/.html?srsId=AfmBOopBs\\_H83fQC6ZnTpH7k--IFcYP-zn8HAV5IINLpr46usIU8dy-n](https://www.ebook.de/de/product/40436158/.html?srsId=AfmBOopBs_H83fQC6ZnTpH7k--IFcYP-zn8HAV5IINLpr46usIU8dy-n) ; [https://media.ebook.de/coverscans/404PDF/40436158\\_d8f9398ebbef4e3b90e1b622fae5d06e.pdf](https://media.ebook.de/coverscans/404PDF/40436158_d8f9398ebbef4e3b90e1b622fae5d06e.pdf) ; <https://www.mvg.de/mediafiles/Leseprobe/9783742319098.pdf> ; Cicero Online, „Perspektiven nach Corona, Teil 1/3 – Über das Monströse reden“ (VON CHRISTOPH LÜTGE, 25.02.2023): <https://www.cicero.de/kultur/corona-lockdown-virus-grundrechte-lauterbach-lutge-teil-1> ; Cicero Online, „Perspektiven nach Corona, Teil 3/3 – Das Versagen von Wissenschaft und Ethik“ (VON CHRISTOPH LÜTGE, 28.02.2023): <https://www.cicero.de/kultur/corona-christian-drosten-ethikrat-wissenschaft-lutge-teil-3> ; Wirtschaftliche Freiheit, „Gastbeitrag: Verhältnismäßigkeit ist die neue Freiheit – Liberalismus in der Coronakrise“ (Christoph Lütge, 27.05.2020): <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=27385> ; YouTube-Talk „Wir brauchen abweichende Meinungen in klassischen Medien“: <https://www.youtube.com/watch?v=ipmy5AblwFI>(<https://www.youtube.com/watch?v=ipmy5AblwFI>)

---

**Prof. Dr. Dieter Lenzen (Erziehungswissenschaftler, ehemaliger Präsident der Universität Hamburg)**

- Position: „Lieber einen Löffel Freiheit mehr gewähren, als die Freiheit am Ende zu verlieren.“ Die Uni Hamburg hat einen Kodex zur Wissenschaftsfreiheit entwickelt – ausdrücklich mit der Begründung, dass es „immer mehr Fälle“ gebe, in denen das Recht auf Wissenschaftsfreiheit bedroht werde; der Kodex sei eine Antwort auf diese Bedrohungslage.
- Quelle: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article236642113/Universitaet-Hamburg-legt-Kodex-zur-Wissenschaftsfreiheit-vor.html>

---

**Prof. em. Dr. Georgios Gounalakis (Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Medienrecht, Philipps-Universität Marburg)**

- Position: Die Meinungsfreiheit – in den Online- wie in den Offline-Medien – gilt allgemein als eines der wichtigsten Menschenrechte in einer Demokratie. Ohne Meinungsfreiheit kann es keine Demokratie geben. Deshalb gilt: eine Demokratie muss auch scharfe Meinungsäußerungen grundsätzlich aushalten

können. Wo Zweifel bestehen, muss daher gelten: Im Zweifel für die Meinungsfreiheit und für die Zulässigkeit der Rede, Äußerung oder des Blogbeitrags auf sozialen Netzwerken.

- Er kritisierte bereits das Netzwerkdurchsetzungsgesetz massiv: Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz gefährdet die Meinungsfreiheit, weil es zu einer faktischen Zensur durch die sozialen Netzwerke führt. Wird ein Kommentar im Internet beanstandet, dann wird Facebook den beanstandeten Inhalt vorsorglich löschen, um das drohende hohe Bußgeld zu vermeiden. 50 Millionen Euro als potentielle Geldstrafe sind ein scharfes Schwert, deshalb werden Facebook und Co. die Abwägungskriterien zu unzulässigen Äußerungen locker sehen und lieber schneller löschen als später.
- Das Gesetz macht soziale Netzwerke wie Facebook, YouTube und Twitter zu privaten Richtern über das, was in einem Netzwerk gesagt und gepostet werden darf. Was aber in einer Demokratie als Meinung zulässig ist und was nicht, darüber haben staatliche Gerichte zu entscheiden.
- Konflikte sollten in erster Linie dort gelöst werden, wo sie entstanden sind. Auf der Ebene zwischen dem, der das Recht verletzt, und den Geschädigten. Hier ist eine zivilrechtliche Unterlassungsklage möglich. Daneben kann auch eine Geldentschädigung verlangt werden. Auch eine strafrechtliche Verfolgung kann angebracht sein.
- Die Ebene des sozialen Netzwerks, das die Kommentare hostet, in die Pflicht zu nehmen, ist nachrangig. Hier gibt es eine entsprechende Rechtsprechung, die bei der Verletzung zumutbarer Prüfpflichten die Suchmaschine oder das soziale Netzwerk für das Hosten fremder Inhalte in die Pflicht nimmt. Die Suchmaschine oder das soziale Netzwerk werden zur Unterlassung, sprich: zur Löschung des Kommentars verpflichtet – ab dem Zeitpunkt, ab dem es von der Rechtsverletzung, dem rechtswidrigen oder strafbaren Kommentar, in Kenntnis gesetzt worden ist.
- Quelle: [https://www.uni-marburg.de/de/fb01/professuren/zivilrecht/prof-dr-georgios-gounalakis/schriftenverzeichnis/sonstiges/op\\_28-06-2017\\_s-13.pdf](https://www.uni-marburg.de/de/fb01/professuren/zivilrecht/prof-dr-georgios-gounalakis/schriftenverzeichnis/sonstiges/op_28-06-2017_s-13.pdf)

---

**Prof. em. Dr. Walter Rosenthal (Arzt, Pharmakologe und Wissenschaftsmanager, ehem. Präsident der Universität Jena; Präsident der Hochschulrektorenkonferenz)**

- Position: Warnt in einem dpa-Interview ausdrücklich vor einer „Gefahr ... dass es zu einer Einengung kommt“ bei strittigen Positionen und sieht das als Problem für die Freiheit der Wissenschaft; Versuche, bestimmte Positionen oder Personen aus Debatten auszuschließen, seien ein Risiko für die Wissenschaftsfreiheit und offene Meinungsäußerung an Hochschulen.
- Quelle: Forschung & Lehre – „Professoren sorgen sich um Freiheit der Wissenschaft“: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/professoren-sorgen-sich-um-freiheit-der-wissenschaft-2542>

---

### **Prof. em. Dr. Klaus-Michael Kodalle (Philosoph, Universität Jena)**

- Position: "An den deutschen Universitäten – natürlich vor allem an denen in den Metropolen – herrscht eine Art geistiger Bürgerkrieg in der Frage, welche politischen Meinungen zulässig sein sollen und welche nicht", stellt Kodalle fest. Die Universitätsleitungen seien gefordert, sich in Konfliktfällen entschieden vor ihre Wissenschaftler zu stellen und gegen Störungen oder Einschüchterungsversuche vorzugehen, meint Kodalle.
- Quelle: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/professoren-sorgen-sich-um-freiheit-der-wissenschaft-2542>

---

### **Prof. Dr. Nikolaus Johannes Knoepffler (Philosoph und Theologe, Leiter des Ethik-Zentrums, Universität Jena)**

- Position: Hebt hervor, dass sich Vorfälle häufen, in denen versucht wird, Wissenschaftler an Vorträgen zu hindern oder einzuschüchtern. Er betont, gerade an Hochschulen müsse es möglich sein, sich mit kontroversen Meinungen und Vorstellungen zu befassen.
- Quelle: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/professoren-sorgen-sich-um-freiheit-der-wissenschaft-2542>

---

### **Prof. em. Dr. Klaus Dörre (Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, Universität Jena)**

- Position: "Es gibt inzwischen eine Gesinnungsethik, die die Gesinnung vor die Wissenschaft stellt." Es habe Versuche gegeben, Lehrenden sprachliche Vorschriften zu machen, welche Begriffe verwendet werden dürfen und welche nicht. "Es gibt viele Kollegen, die solche Erfahrungen machen. Das hat eindeutig zugenommen", sagt Dörre. Das komme aber nicht nur von politisch Linken, sondern in weit größerem Ausmaß auch von rechts.
- Quelle: <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/professoren-sorgen-sich-um-freiheit-der-wissenschaft-2542>

---

### **Prof. Dr. Elizabeth Prommer (Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Rostock)**

- Studienergebnis: Übergriffe und Selbstzensur – Die Studie „Das freie Wort unter Druck“ der Universität Rostock offenbarte alarmierende Ergebnisse zur Meinungsfreiheit in Deutschland. 526 Schriftstellerinnen und Schriftsteller haben sich beteiligt. Die Studie förderte alarmierende Zahlen zutage: Drei Viertel sind in Sorge über die freie Meinungsäußerung in Deutschland und beklagen eine Zunahme von Bedrohungen, Einschüchterungsversuchen und hasserfüllten Reaktionen. Jeder Zweite hat bereits Übergriffe auf seine Person erlebt und hat außerdem Kenntnis von Angriffen auf Kolleginnen und Kollegen. Jeder Vierte, der Angriffe erlebt hat, ist vorsichtiger geworden in der

Beurteilung von Geschehnissen; jeder Fünfte schreibt weniger über kritische Themen und jeder Achte beschränkt sich in der Darstellung.

- Quelle: <https://www.uni-rostock.de/universitaet/kommunikation-und-aktuelles/medieninformationen/detailansicht/n/uebergriffe-und-selbstzensur-studie-der-uni-rostock-offenbart-alarmierende-ergebnisse-zur-meinungsfreiheit-in-deutschland-36287/>

---

**Prof. Dr. Benjamin Raue (Zivilrecht, Recht der Informationsgesellschaft und Geistiges Eigentum, Universität Trier)**

- Position: Er kritisierte bereits das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Die Meinungsfreiheit wird in sozialen Netzwerken von vielen Seiten bedroht. Internetplattformen haben an der Verteidigung unbequemer Ansichten oft nur ein geringes Eigeninteresse, weil dies Kosten verursacht. Eher löschen sie einen Beitrag als ihn mühsam zu verteidigen.
- Quelle (PDF, Juristenzeitung 2018): <https://irdt.uni-trier.de/wp-content/uploads/2021/03/Raue-JZ-2018-961.pdf>

---

**Prof. Dr. Bernd Jöstingmeier (Personalwesen, Führung, Organisation und Innovationsmanagement, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Stuttgart)**

- Position: Gründer der Initiative Freiheit in Deutschland. Das **Bundesverfassungsgericht** hebt hervor, dass große soziale Netzwerke heute zentrale Räume öffentlicher Kommunikation sind. Eingriffe wie Löschungen oder Account-Sperren dürfen deshalb im Privatrecht nicht als beliebige Maßnahmen erfolgen, sondern müssen sich auf eine tragfähige vertragliche und gesetzliche Grundlage stützen und im Lichte grundrechtlicher Wertungen – insbesondere der **Meinungsfreiheit** und des Gleichbehandlungsgebots – überprüfbar sein. Dazu gehören Mindeststandards fairer Verfahren: eine nachvollziehbare Begründung, die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie ein wirksamer Rechtsbehelf.
- Vor diesem Hintergrund sollte der **Digital Services Act** in seiner jetzigen Ausgestaltung gestoppt und widerrufen werden. **Das Konzept der „Trusted Flaggers“ ist abzuschaffen.** Straftaten – auch im Internet – sind von Staatsanwaltschaften zu verfolgen und von unabhängigen Gerichten zu ahnden; **private Akteure dürfen nicht faktisch zu einer Art Vorzensurinstanz werden, die massenhaft Äußerungen anhand unbestimmter und missbrauchsanfälliger Kategorien wie „Hass“, „Hetze“, „Desinformation“ oder „Delegitimierung des Staates“ löscht.**
- Als **vorläufige Korrektur** ist zudem eine echte **Sanktionssymmetrie** erforderlich: Wenn bei Verstößen gegen DSA-Pflichten **Bußgelder von bis zu 6 % des (weltweiten) Jahresumsatzes** drohen, muss **spiegelbildlich eine gleich wirksame Sanktion** vorgesehen werden, **wenn Plattformen rechtmäßige Meinungsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union rechtswidrig löschen oder Accounts sperren.**
- Quelle: [www.Freiheit-in-Deutschland.de](http://www.Freiheit-in-Deutschland.de)

### 3) Viele weitere Personengruppen und Verbände gehen davon aus, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht mehr voll gewährleistet ist

#### Journalisten und Medienverbände

- **Reporter ohne Grenzen** – Reporter ohne Grenzen kritisierte im Zusammenhang mit dem damals geplanten Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), dass der Gesetzentwurf als „Schnellschuss“ die **Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Online-Äußerungen faktisch auf private Plattformen verlagere**. **Dadurch bestehe die Gefahr, dass Inhalte vorschnell gelöscht werden und das Grundrecht auf Presse- und Meinungsfreiheit „massiv beschädigt“ werde.**
- Quelle: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/1923/warnung-vor-schnellschuss>
- **Deutscher Journalisten-Verband (DJV), Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten** – „Die Koalition gibt zwar vor, die Medienvielfalt stärken und die **Meinungsfreiheit sichern zu wollen, tut aber faktisch zu wenig konkretes dafür**“, so Beuster. **Stattdessen soll die Überwachung und Kontrolle der Bürger durch Maßnahmen wie Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung und Abhörmaßnahmen vorangetrieben werden.** „Wer alle rechtlichen Spielräume ausschöpfen will, um maximale Sicherheit zu bieten, muss auch zugeben, dass er dabei **Grundrechte wie Pressefreiheit und Privatsphäre einschränkt. Eingriffe in diese Freiheiten bergen stets die Gefahr von Missbrauch** und sollten nur als letztes Mittel und mit größter Vorsicht erfolgen“, mahnt Beuster.
- Quelle: <https://www.djv.de/news/pressemitteilungen/press-detail/djv-kritisiert-koalitionsvertrag/>
- Führende Medienvertreter haben wiederholt vor „Cancel Culture“ und einem enger werdenden Meinungskorridor gewarnt. So betonte **Julia Becker (Vorsitzende des Aufsichtsrats der Funke-Mediengruppe)**, dass eine berufliche Ächtung unliebsamer Stimmen „*Cancel Culture par excellence*“ wäre und Meinungsfreiheit **nur dort enden dürfe, „wo das Strafrecht beginnt“**. <https://www.heise.de/news/Cancel-Culture-Das-ist-das-Gift-das-uns-gerade-zersetzt-6035332.html>
- Der „**Spiegel**“-Journalist **René Pfister** kritisierte: „Wenn sich in Deutschland Parteien daran gewöhnen, den politischen Diskurs mit moralischer Empörung zu ersticken, dann werden wir den Weg der politischen Polarisierung beschreiten, auf dem die USA schon sehr weit gekommen sind.“ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/diskurskultur-2023/541851/wie-die-meinungsfreiheit-zum-problemfall-erklaert-wird/>

## Autoren, Verlage und Schriftstellerverbände

- Der Geschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Alexander Skipis, erkannte eine **zunehmende "Atmosphäre der Bedrohung der Meinungsfreiheit" in Deutschland**. Quelle: <https://www.heise.de/news/Cancel-Culture-Das-ist-das-Gift-das-uns-gerade-zersetzt-6035332.html>
- **PEN-Zentrum Deutschland** – Die Schriftstellervereinigung beobachtet die Entwicklung mit Sorge. In einer gemeinsamen Studie 2019 mit der Uni Rostock gaben **75 % der befragten Autoren** an, sie seien „in Sorge über die freie Meinungsäußerung in Deutschland“. **Jeder Fünfte** der Schreibenden schreibt bereits weniger über kritische Themen, und **jeder Achte** beschränkt sich in der Darstellung. *Das freie Wort steht unter Druck*, so PEN-Generalsekretär Carlos Collado Seidel; „**Ein weiterer Erosionsprozess bedroht Pluralität und Meinungsvielfalt und damit den Kernbestand unserer Gesellschaft.**“ Quelle: [https://www.imf.uni-rostock.de/en/institut/aktuelles/aktuelles/detailansicht-der-news/?tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=41617&cHash=6c55e669a43296bbe1aaa9c32a5b06ba](https://www.imf.uni-rostock.de/en/institut/aktuelles/aktuelles/detailansicht-der-news/?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=41617&cHash=6c55e669a43296bbe1aaa9c32a5b06ba)

## Kunst-, Kultur- und Satire-Szene

- **Kabarettist Dieter Nuhr** war ins Visier der Cancel Culture geraten. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft entfernte daraufhin sein Gaststatement nach Online-Protesten zeitweise von ihrer Website. **Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué**, Präsident von Liberal International, Landesminister a.D., kommentierte den Vorgang folgendermaßen: Die **DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)** hatte aus Anlass eines stolzen Jubiläums zahlreiche Persönlichkeiten eingeladen, sich auf ihrer Website zur Wissenschaft zu äußern, darunter auch den Kabarettisten **Dieter Nuhr**. Er nahm die Einladung an. Sein Statement lautete - im Kern zusammengefasst: Auch die Wissenschaft ist fehlbar, aber sie ist der beste Weg der Erkenntnis, den wir haben. Das Statement war im Geiste des Kritischen Rationalismus von Karl Popper verfasst: Wissenschaft als steter Versuch, Hypothesen aufzustellen und zu revidieren, wenn die Realität ihnen widerspricht. Die DFG bedankte sich bei Nuhr für sein "wunderbares Statement" und die "Erklärung der Wissenschaft". Es folgte nach Veröffentlichung ein Shitstorm gegen die Person Dieter Nuhr als Kommentator der Wissenschaft für die DFG. Er wurde beschimpft als jemand, der von Wissenschaft nichts verstehe. Die DFG nahm daraufhin Nuhrs Statement von ihrer Website – als Reaktion auf den Shitstorm. Der Mechanismus ist perfide: Die Verantwortlichen – hier die angesehene DFG – geben dem Druck nach, um den tadellosen Ruf ihrer Organisation zu schützen, wie die DFG gegenüber Dieter Nuhr zum Ausdruck brachte. Man braucht kein Freund des liberalen Pathos zu sein, um eines vorauszusagen: **Dieser Weg wird die Meinungsfreiheit zerstören**. Quelle: <https://www.freiheit.org/de/nur-nuhr-oder-mehr>

- **Satire und Kabarett** – 2020 wurde die Kabarettistin **Lisa Eckhart** von einem Literaturfestival eingeladen. Dieses und weitere Beispiele kritisierte Malte Lehming im Tagesspiegel massiv: **„Ja, wenn's doch der guten Sache dient: Mit diesem Argument sollen unliebsame Menschen in Deutschland zum Schweigen gebracht werden. Immer öfter.“** Quelle: **Wie die Wächter über das Sagbare die Redefreiheit einschränken**  
<https://www.tagesspiegel.de/politik/wie-die-wachter-uber-das-sagbare-die-redefreiheit-einschranken-5966596.html>
- **#allesdichtmachen 2021 – Über 50 prominente Schauspielerinnen und Schauspieler (u.a. Jan Josef Liefers) veröffentlichten satirisch-kritische Videos zu den Corona-Maßnahmen. Daraufhin ernteten sie einen massiven Shitstorm und es gab Forderungen, Verträge der Beteiligten zu lösen.** Viele Beteiligte zogen sich zurück, da sie keinen Sinn mehr sahen, ihre Position offen zu vertreten. Der Vorgang wurde vielfach als **Einschnitt in die Meinungsfreiheit** interpretiert – Kritik an Maßnahmen war auch für bekannte Schauspielerinnen und Schauspieler sozial sanktioniert. Quelle: <https://www.heise.de/news/Cancel-Culture-Das-ist-das-Gift-das-uns-gerade-zersetzt-6035332.html> . Stephan Schleim kommentierte in TELEPOLIS: „Sie haben nicht dazu aufgerufen, die Schutzmaßnahmen zu missachten. Sie haben nicht einmal einen Aufruf lanciert, gegen sie zu demonstrieren. Ich sehe in den Filmchen vor allem eine Aufforderung zum Selberdenken, zum Gebrauch seines eigenen kritischen Verstands. Und weil Schauspieler eben keine Philosophen sind, machen sie das beispielsweise mit dem Stilmittel der satirischen Übertreibung. Grenzt das jetzt schon an einen Staatsstreich? Vor noch gar nicht so langer Zeit brüstete man sich noch mit Meinungsfreiheit, als es beispielsweise um diffamierende Zeichnungen eines Religionsoberhauptes ging; oder um die Beleidigung eines Staatspräsidenten als Ziegenf\*\*\*. **Soll die Meinung nur dann frei geäußert werden dürfen, wenn die Anderen mit der eigenen Meinung übereinstimmen? So sind die Grund- und Menschenrechte nicht gedacht!** Besonders unpassend erscheinen mir die - vorhersehbaren - Klagen, die Filmchen verhöhnten die Opfer der Pandemie. Das mit der Opferbilanz ist so eine Sache, die noch gar nicht ausgemacht ist: **Zählen etwa die Menschen, die wegen herausgeschobener Behandlungen bereits gestorben sind oder noch sterben werden, nicht?** In meinem Bekanntenkreis gab es gerade so einen Fall, dass ein Mann mit Darmproblemen wochenlang wegen der Corona-Maßnahmen vom Krankenhaus abgewiesen wurde. Als der Hausarzt schließlich auf der sofortigen Aufnahme bestand und die Untersuchung erzwang – **hatten sich leider schon Metastasen gebildet und es war für die Behandlung zu spät.**
- **Was ist mit den Menschen, die unter Unsicherheit, Isolation und Einsamkeit leiden? Zählen die nicht? Oder mit denen, deren wirtschaftliche Existenz vor dem Aus steht, obwohl sie sich an alle Regeln gehalten haben? Was ist mit den Menschen, die sich aus Verzweiflung das Leben genommen haben oder jetzt daran denken?“**
- Quelle: <https://www.telepolis.de/article/allesdichtmachen-und-das-Selberdenken-6028945.html?seite=all>
- **Appell für freie Debattenräume:** Der **Appell für freie Debattenräume** wurde am 1. September 2020 im Internet auf der Seite *Intellectual Deep Web Europe* veröffentlicht. Die Initiatoren stellten fest, dass in Deutschland die

Meinungsfreiheit bedroht ist: „**Von Veranstaltern ausgeladene Kabarettisten. Zensierte Karikaturisten. Pauschal verbotene Demonstrationen. Schriftsteller, deren Bücher aus dem Sortiment genommen werden oder von Bestsellerlisten getilgt werden. Verfolgte und eingesperrte Whistleblower & Enthüller. Operaufführungen, die abgesagt werden. Seminare oder Vorlesungen, die nicht stattfinden können, weil sie gestört werden. Verlage, die gedrängt werden, bestimmte Bücher nicht herauszubringen.**

- **Befreien wir das freie Denken aus dem Würgegriff**
- Absagen, löschen, zensieren: seit einigen Jahren macht sich ein Ungeist breit, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nimmt und die Grundlage des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergräbt.
- **Wir erleben gerade einen Sieg der Gesinnung über rationale Urteilsfähigkeit. Nicht die besseren Argumente zählen, sondern zunehmend zur Schau gestellte Haltung und richtige Moral.**
- **Die gezielte Verunglimpfung von Intellektuellen, Künstlern, Autoren und jedem, der von der aktuell herrschenden öffentlichen Meinung abweicht, ist eine inakzeptable Anmaßung. Freie Rede und Informationsgewinnung sowie freie wissenschaftliche oder künstlerische Betätigung sind Rechte und nicht Privilegien ... Es ist dabei unerheblich, auf welcher politischen Seite die Gruppierung steht, ob sie religiös, weltanschaulich oder moralisch motiviert ist – ein Angriff auf die Demokratie bleibt ein Angriff auf die Demokratie.“**
- Quelle: <https://web.archive.org/web/20201001125914/https://idw-europe.org/>

## Wissenschaftsverbände und Hochschulen

- **Netzwerk Wissenschaftsfreiheit** – Anfang 2021 formierte sich das *Netzwerk Wissenschaftsfreiheit*, dem sich inzwischen **über 700 Wissenschaftler** angeschlossen haben. Das **Netzwerk Wissenschaftsfreiheit** ist ein **Zusammenschluss von Wissenschaftlern** mit dem gemeinsamen Anliegen, **die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen zu verteidigen** und zur Stärkung eines freiheitlichen Wissenschaftsklimas beizutragen.
- „Wir beobachten, dass die **verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt** werden soll. Wir müssen vermehrt Versuche zur Kenntnis nehmen, **der Freiheit von Forschung und Lehre wissenschaftsfremde Grenzen schon im Vorfeld der Schranken des geltenden Rechts zu setzen**. Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer **Weltanschauung** und ihrer **politischen Ziele, festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind**. Damit wird der Versuch unternommen, **Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden**. Auf diese Weise wird ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu ersticken. ... Eine solche Entwicklung wirkt sich negativ auf die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und damit auf den Wissenschaftsstandort Deutschland und seine internationale Reputation aus.“

- Quelle: <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest/>
- **Deutscher Hochschulverband (DHV)** – Auch der DHV selbst schlug Alarm. Der damalige Präsident Prof. Dr. Bernhard Kempen schrieb in der FAZ einen vielbeachteten Beitrag „*Universität als Risikozone*“. Sein Fazit: **Die „Zensurschere im Kopf“ vieler Wissenschaftler werde immer länger, obwohl sie formal größtmögliche Freiheit hätten. „Die Freiheit der Wissenschaft ist in Gefahr.“**
- Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/zensur-in-der-wissenschaft-universitaet-als-risikozone-17447817.html>
- **Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“**: Die Stiftung „Freiheit der Wissenschaft“ beim **Deutschen Hochschulverband (DHV)** hatte als **zentrales Anliegen die Verteidigung der Meinungs- und Redefreiheit in Wissenschaft und Hochschule**. Die Stiftung sollte an das **Prinzip „Audiatur et altera pars“** („Auch die andere Seite soll gehört werden!“) erinnern und **Personen auszeichnen, die sich öffentlich für das Recht auf freie Meinungsäußerung auch gegen den Mainstream einsetzen**. Mit **Noam Chomsky** und **Julian Nida-Rümelin** wurden bewusst Persönlichkeiten geehrt, die für **unabhängiges Denken und für den Schutz abweichender Positionen** stehen.
- Nach einem Führungswechsel im **Deutschen Hochschulverband** kam es im Zusammenhang mit einer Preisverleihung zu einem Konflikt: **Eine Rede, die für Differenzierung, Dialog und gegen pauschale Ausgrenzung – insbesondere in Fragen internationaler Wissenschaftskooperation – plädierte**, wurde als politisch problematisch wahrgenommen. **In der Folge entzog der Deutsche Hochschulverband der Stiftung ohne öffentliche Begründung die Trägerschaft, stellte die Kommunikation ein und beendete ihre Arbeit, ohne dem Stifter Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.**
- **Der Vorgang steht im eklatanten Widerspruch zum eigenen Anspruch auf Wissenschafts- und Meinungsfreiheit des Deutschen Hochschulverbands**. Er steht **exemplarisch für eine zunehmende Verengung des Meinungskorridors**, in dem nicht mehr argumentativ gestritten, sondern durch institutionelle Entscheidungen ausgegrenzt wird.
- **Prof. Dr. Dr. Reinhard Hesse**, Universität Rostock, der die Idee der Stiftung hatte und das Grundkapital für die Stiftung zur Verfügung gestellt hatte, stellte fest: **„Am Ende bleibt die beunruhigende Frage, wie anders man all das verstehen kann, wenn nicht als Zeichen eines kulturellen Niedergangs?“**
- Quelle: <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/deutscher-hochschulverband-cancel-culture-statt-freiheit-der-wissenschaft/>
- **Europäisches Parlament** – Das Europäische Parlament gründete 2022 das **„Forum für Wissenschaftsfreiheit“**. Das Europäische Parlament möchte die Wissenschaftsfreiheit in Europa stärken. **„Aktuell gehe die Wissenschaftsfreiheit in Europa zurück, was eine „tödliche Bedrohung für die gemeinsame europäische Zukunft“ sei, wie der Parlamentarier und STOA-Vorsitzende Christian Ehler sagte.“**
- Quelle: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/forum-fuer-freiheit-der-wissenschaft-gegruendet-5218>

- **Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit** – Eine gemeinsame **Definition der Forschungsfreiheit**: „Die **Forschungsfreiheit** ist mit der **Meinungsfreiheit**, der **Vereinigungsfreiheit**, der **Bewegungsfreiheit** und dem **Recht auf Bildung** sowie weiteren Rechten verbunden. Sie umfasst das **Recht, unabhängig und frei Forschungsfragen zu definieren, Theorien auszuwählen und zu entwickeln**, empirisches Material zusammenzustellen und fundierte akademische Forschungsmethoden anzuwenden, um **anerkanntes Wissen zu hinterfragen und neue Ideen zu entwickeln**. Sie beinhaltet das **Recht, die so entstandenen Ergebnisse unter anderem durch Fortbildung und Lehre zu teilen, zu veröffentlichen und zu verbreiten**. Forschende haben das **Recht, ihre Meinung frei zu äußern, ohne dabei durch das Umfeld, in dem sie tätig sind, benachteiligt oder durch Regierungen oder Institutionen zensiert oder diskriminiert zu werden. ...**“
- Quelle: [https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/b/bonner\\_erklaerung\\_deu.pdf](https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/b/bonner_erklaerung_deu.pdf)
- **Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit von allen EU-Staaten unterschrieben** – Mit der **Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit** sollen sich die EU-Staaten zur **Wahrung der Wissenschaftsfreiheit** verpflichten. **Auf dem Papier haben alle zugesagt. „Die Wissenschaftsfreiheit ist als Teil der Rechtsstaatlichkeit einer der Grundwerte der EU, der zuletzt immer wieder verletzt wurde.“**
- Quelle: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/bonner-erklaerung-von-alle-eu-staaten-unterschrieben-3607>

## Digitale Bürgerrechts- und Netzorganisationen

- Ein breites Bündnis lehnte den Gesetzentwurf gegen Hasskriminalität im Netz ab – **Wirtschaftsverbände, netzpolitische Vereine, Bürgerrechtsorganisationen und Rechtsexperten sahen die Meinungsfreiheit im Internet in Gefahr:**
- **Amadeu Antonio Stiftung**
- **Bitkom - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.**
- **BIU – Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware e.V.**
- **Bundesverband Deutsche Startups e.V.**
- **Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.**
- **Bundesverband IT-Mittelstand e. V. (BITMi)**
- **Chaos Computer Club e. V.**
- **cnetz – Verein für Netzpolitik e. V.**
- **D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e.V.**
- **Digitale Gesellschaft e. V.**
- **DJV - Deutscher Journalisten-Verband e.V.**
- **eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.**
- **Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM)**
- **Internet Society, German Chapter (ISOC.DE) e.V.**

- **LOAD e.V. - Verein für liberale Netzpolitik**
- **Open Knowledge Foundation**
- **Reporter ohne Grenzen e. V.**
- **Wikimedia Deutschland – Gesellschaft zur Förderung Freien Wissens e. V.**
- „Eine breite Allianz von Wirtschaftsverbänden, netzpolitischen Vereinen, Bürgerrechtsorganisationen und Rechtsexperten hat sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen das geplante Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gewandt, mit dem die Bundesregierung gegen Hassrede im Internet vorgehen will. **In einer gemeinsamen „Deklaration für die Meinungsfreiheit“ warnen die Unterzeichner vor „katastrophalen Folgen“, sollte das NetzDG vom Bundestag verabschiedet werden. So zwingt die Androhung hoher Bußgelder in Verbindung mit allzu kurzen Reaktionsfristen die Plattformbetreiber, sich im Zweifel zu Lasten der Meinungsfreiheit und für die Löschung oder Sperrung von Inhalten zu entscheiden. Dies werde nicht nur jene typischen stupiden Hassreden betreffen, auf die das Gesetz abzielt. Ebenso könnten Meinungsäußerungen von Bürgerrechtlern und Veröffentlichungen von etablierten Medien in sozialen Netzwerken sowie von Vertretern der politischen Parteien von diesen Zwangslöschungen betroffen sein. Viele dieser Inhalte würden womöglich bei sorgfältiger Prüfung durch das grundgesetzlich garantierte Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sein.“**
- Quelle: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-unterstuetzt-Deklaration-fuer-Meinungsfreiheit.html>
- **Chaos Computer Club (CCC)** – Auch der CCC trat entschieden gegen Zensurinfrastruktur im Netz auf. Er unterstützte 2017 die „Deklaration für die Meinungsfreiheit“ gegen das geplante Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Dieses Gesetz, so der CCC, erzwingt ein privatisiertes Zensur-Regime, bei dem Plattformen aus Angst vor hohen Bußgeldern im Zweifel legitime Meinungen, Bilder oder Videos unterdrücken und unsichtbar machen werden. Dem stellte man sich **vehement entgegen**. Auf den großen Plattformen sind **Zensurtendenzen** zu beobachten, die zur **Unterdrückung von Minderheiten-Ansichten, progressiven Ideen und unpopulären Meinungen** führen.
- Quelle: CCC | Chaos Computer Club unterstützt Deklaration für die Meinungsfreiheit, <https://www.ccc.de/de/updates/2017/netzdg>
- Der CCC kritisiert darüber hinaus Vorhaben wie Uploadfilter oder Chatkontroll-Pläne, die den freien Informationsaustausch gefährden könnten.
- **Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)** – Die Gesellschaft für Freiheitsrechte setzt sich juristisch für Grundrechte online ein. Sie warnt etwa, **überharte Plattformregulierung** führe zu „Overblocking“. Konkret klagt die Gesellschaft für Freiheitsrechte gegen ungerechtfertigte Account-Sperrungen und vertritt Nutzer, die bspw. wegen satirischer oder überspitzter Posts sanktioniert wurden.
- Quellen: <https://d-64.org/deklaration-fuer-meinungsfreiheit/> ; <https://freiheitsrechte.org/ueber-die-gff/presse/pressemitteilungen-der-gesellschaft-fur-freiheitsrechte/pm-filmwerkstatt>

- **Digitale Gesellschaft und andere NGOs** – Netzaktivisten wie die Digitale Gesellschaft e.V. sehen im **EU-Digital Services Act (DSA)** teils **neue Risiken**. Auch der Chaos Computer Club gehört zu einer Allianz, die vor „**katastrophalen Folgen für die Meinungsfreiheit**“ warnt, wenn Plattformen zur privaten Inhaltsmoderation gedrängt werden. **Es bestehen zahlreiche Anreize für den Einsatz von Uploadfiltern und das automatisierte Blockieren von Inhalten**. Deren Einsatz ist nicht nur sehr fehleranfällig, sondern kann die Grundrechte der Nutzenden empfindlich einschränken.
- Quellen: <https://digitalegesellschaft.de/2022/07/pressemitteilung-digitale-gesellschaft-enttaeuscht-ueber-dsa/> ; [https://kripoz.de/wp-content/uploads/2023/05/Stellungnahme\\_Chaos-Computer-Club\\_Eckpunkte\\_Gesetz\\_digitale\\_Gewalt.pdf](https://kripoz.de/wp-content/uploads/2023/05/Stellungnahme_Chaos-Computer-Club_Eckpunkte_Gesetz_digitale_Gewalt.pdf)

## Kirchen und Religionsgemeinschaften

- **Papst Leo XIV.:** In seiner Neujahrsansprache an die Vatikanbotschafter beklagte Papst Leo XIV. eine **zunehmende Einschränkung der Meinungs- und Gewissensfreiheit in der westlichen Welt (9. Januar 2026)**: **"Es ist bedauerlich festzustellen, dass insbesondere im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird, während sich eine neue Sprache mit orwellischem Beigeschmack entwickelt, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündet, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie beseelt ist."**
- Quelle: <https://www.domradio.de/artikel/papst-leo-xiv-beklagt-beschaenkte-meinungsfreiheit-auch-im-westen>
- **"Forum Deutscher Katholiken": Meinungsfreiheit ist bedroht – Das "Forum Deutscher Katholiken" sieht die Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Deutschland gefährdet.** Das geht aus einer bei dem Kongress "Freude am Glauben" nahezu einstimmig verabschiedeten Resolution hervor. **Mit Blick auf die Meinungsfreiheit heißt es da, es gebe eine "Keule der 'political correctness'". "Jeder, der davon abweicht, was die Regierung vorgibt, wird diffamiert und sanktioniert."** Der **"zwangsfinanzierte Staatsfunk" und zahlreiche Pressevertreter kommentierten so, "als ob sie zum bezahlten Hofstaat der Regierung gehörten"**.
- Quelle: <https://katholisch.de/artikel/22029-forum-deutscher-katholiken-meinungsfreiheit-ist-bedroht>
- **Evangelische Kirche** – Führende Kirchenvertreter betonen die Bedeutung freier Rede. Nach den Charlie-Hebdo-Anschlägen 2015 rief etwa der Berliner Bischof **Markus Dröge** dazu auf, *Meinungs- und Pressefreiheit offensiver zu verteidigen*. **Ohne das Recht zur freien Meinungsäußerung gebe es "keine freie Gesellschaft, keinen klärenden Dialog - und keine heilsame Satire"**, sagte der Bischof Markus Dröge. Quelle: Bischof Dröge: Meinungsfreiheit muss offensiv verteidigt werden – EKD.
- Quelle: [https://www.ekd.de/news\\_2015\\_01\\_19\\_4\\_droege.htm](https://www.ekd.de/news_2015_01_19_4_droege.htm)

## Betroffene Berufsgruppen und dokumentierte Fälle

- **Polizeiliche Hausdurchsuchungen wegen Online-Posts – In den letzten Jahren sorgte eine Reihe von Fällen für Empörung, bei denen wegen bagatellhafter Äußerungen Wohnungen durchsucht wurden.**  
Kommentatoren sprechen von einem „erschreckenden Trend“: „Bagatelldelikte wie Beleidigungen oder gar unliebsame Meinungsäußerungen dürfen nicht dazu führen, dass die Polizei Wohnungen durchsucht“, warnt etwa Kommentator Tobias Lill in der **Bayerischen Staatszeitung**. Dennoch häuften sich Beispiele: Im **Fall Norbert Bolz (2025)** wurde die Wohnung des konservativen Publizisten durchsucht, weil er einen Tweet der *taz* mit der historischen Phrase „Deutschland erwache“ satirisch kommentiert hatte. Oder die **„Pimmelgate“-Affäre (2021)**: Nachdem ein Twitter-Nutzer Hamburgs Innensenator als „Pimmel“ beschimpfte, **ließ die Staatsanwaltschaft seine Wohnung durchsuchen – ein Vorgehen, das später vom Gericht als unverhältnismäßig gerügt wurde.** Im Landkreis Haßberge wurde die **Wohnung eines Rentners durchsucht, weil er einen Meme in den sozialen Medien weiterleitete, in dem Wirtschaftsminister Habeck als „Schwachkopf“ (2024) bezeichnet wurde.** Viele Menschen haben zunehmend das Gefühl, dass sie nicht mehr sagen dürfen, was sie denken.
- Quellen: **Erschreckender Trend: Hausdurchsuchungen wegen Meinungsäußerungen und Beleidigungen.** <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/ein-erschreckender-trend-hausdurchsuchungen-wegen-unliebsamer-meinungsaeusserungen.html> ; <https://www.strafrechtsiegen.de/wohnungsdurchsuchung-wegen-des-vorwurfs-der-beleidigung/> ; <https://www.zeit.de/news/2022-08/05/hausdurchsuchung-in-pimmelgate-affaere-war-rechtswidrig>
- **Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst** – Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst fühlen sich beobachtet: Nach Fällen, in denen Polizisten, Soldaten oder Verwaltungsmitarbeiter für private Social-Media-Posts disziplinarisch belangt wurden, geht vielfach die Angst um, man könne berufliche Nachteile erleiden, wenn man politisch unkorrekte Ansichten äußert. Beamte unterliegen auch außerhalb des Dienstes einer Treuepflicht und das (möglicherweise versehentliche) Anklicken des „Gefällt mir“-Buttons bei Facebook zugunsten bspw. einer fremdenfeindlichen Seite kann möglicherweise eine charakterliche Nichteignung als Beamter begründen. Für Beamte ist es also extrem wichtig, ausschließlich bei verfassungsgemäßen Meinungen auf „Like“ zu klicken.
- Quelle: <https://www.bundestag.de/resource/blob/546634/024da73fa0651edb9a6f0708549c9162/WD-3-244-17-pdf.pdf>
- **Ärzte-Initiativen während Corona – Ärzte-Initiativen** wurden in den Medien häufig mit Begriffen wie „Schwurbler“, „Corona-Leugner“, „Querdenker“, „Verschwörungsmymen/-erzählungen“ oder „Fake News“ belegt. **„Ärzte für Aufklärung“ hat etwa 2.000 namentliche Unterstützer, darunter Hunderte Ärztinnen und Ärzte. Die Süddeutsche Zeitung beleidigte und beschimpfte die Ärzte als „Ärzte gegen Aufklärung“.**

- Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/coronavirus-aerzte-querdenken-verschwörungstheorie-1.5113239>
- **„Ärzte stehen auf“: Der offene Brief gegen Covid-Impfungen wurde Ende 2021 von rund 400 Ärztinnen und Ärzten unterzeichnet. Die Süddeutsche Zeitung beleidigte und beschimpfte auch diese 400 Mediziner, die ihre Meinungsfreiheit nutzten, um eine andere fachliche Einschätzung zu veröffentlichen, mit dem diffamierenden Artikel „Das gibt's doch nicht“, in dem es heißt: „Unter den selbsternannten Querdenkern, Corona-Leugnern und Verschwörungsgläubigen sind auffallend viele Ärzte. Über einen Berufsstand, der gerade um seinen guten Ruf fürchten muss.“**
- Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/querdenken-aerzte-coronavirus-1.5156177> ; <https://martin-hirte.de/wp-content/uploads/2021/12/2021-12-13-OffenerBrief-zur-COVID-Impfung.pdf>
- **„ÄFI – Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung e. V.“ hat 2.671 Mitglieder. FOCUS online überschrieb einen Beitrag mit: „Ärztinnen und Ärzte für individuelles Impfen“ – „Obskurer Ärzteverein verbreitet in TV und Seminaren gefährliche Anti-Impf-Thesen“.**
- Quelle: [https://www.focus.de/politik/deutschland/mit-gefaehrlichen-thesen-poltert-obskurer-aerzteverein-in-tv-und-seminaren-gegen-impfung\\_id\\_29247705.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/mit-gefaehrlichen-thesen-poltert-obskurer-aerzteverein-in-tv-und-seminaren-gegen-impfung_id_29247705.html)
- **So förderten Medien Hass und Hetze gegen Tausende Ärzte, die sich gegen die Covid-19-Impfungen aussprachen. Einige Ärzte gaben daraufhin an, sich nicht mehr öffentlich zu ihrer Meinung zu äußern, um „keine Zielscheibe“ zu werden. Die Sorgen vor sozialen Sanktionen erstickten während der Covid-19-Pandemie die Meinungsfreiheit von Ärzten und sie ersticken bis heute den wissenschaftlichen Diskurs.**

## 4) Kritik von Rechtsanwälten an der Einschränkung der Meinungsfreiheit

### Rechtsanwalt Jan Ristau (Düsseldorf)

- Position: In seinem Buch „Meinungsfreiheit in Gefahr! Wie der Staat die Demokratie aushöhlt“ stellt er fest: Der Staat greift erheblich in die Meinungsfreiheit der Bürger ein und verletzt dabei das Grundgesetz. Der Staat bekämpft von der Meinungsfreiheit geschützte Äußerungen mit Begriffen wie „Falsch-Information“ und „Desinformation“, „Verschwörungstheorie“, „Hass und Hetze“ oder „Delegitimierung des Staates“. Dabei verbreitet der Staat selbst Falsch- und Desinformationen. Der Staat schränkt mit Gesetzen und zusammen mit sozialen Netzwerken und sogenannten Faktencheckern die Freiheit der Bürger ein. Die Meinungsfreiheit und die Demokratie sind in Gefahr.

- Die Meinungsfreiheit gilt nicht nur für Ansichten, denen wir zustimmen, sondern auch für Ansichten, die wir entschieden ablehnen. Auch für diese gilt das Recht, in der Öffentlichkeit gehört und diskutiert zu werden.
- Quelle: Buch „Meinungsfreiheit in Gefahr! Wie der Staat die Demokratie aushöhlt“ <https://edele.de/shop/item/9783949192340/meinungsfreiheit-in-gefahr-von-jan-ristau-paperback> ; <https://www.hugendubel.info/detail/ISBN-9783949192340/Ristau-Jan/Meinungsfreiheit-in-Gefahr>
- Weitere Quellen: <https://grundrecht-meinungsfreiheit.de/wie-berliner-gerichte-die-meinungsfreiheit-ad-absurdum-fuehren/> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/social-media-who-und-informationsfreiheit-wie-berliner-gerichte-die-meinungsfreiheit-abschaffen> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/wahrheitsministerium-luegenverbot-desinformation-koalition> ; <https://grundrecht-meinungsfreiheit.de/der-who-pandemievertrag-die-internationalen-gesundheitsvorschriften-und-die-folgen-mitautor-prof-dr-matthias-schrappe/> ; <https://www.cicero.de/innenpolitik/meinungsfreiheit-in-gefahr-der-who-pandemievertrag-internationale-gesundheitsvorschriften> ; <https://grundrecht-meinungsfreiheit.de/bundestagswahl-2025-und-meinungsfreiheit-analyse-der-wahlprogramme/> ; <https://grundrecht-meinungsfreiheit.de/trusted-flagger-bundesnetzagentur-aendert-presseerklaerung/> ; <https://grundrecht-meinungsfreiheit.de/wie-der-br24-faktenfuchs-beim-thema-meinungsfreiheit-in-die-irre-fuehrt/> ; <https://grundrecht-meinungsfreiheit.de/aufsatz-mediation-meinungsfreiheit/> ; <https://connections.news/justiz/wie-der-staat-die-demokratie-aushoehlt-1-kampf-gegen-desinformation/> ; <https://connections.news/justiz/wie-der-staat-die-demokratie-aushoehlt-2-faktenchecker/>

---

### **Rechtsanwalt Dr. Carsten Brennecke (Medien- und Presserecht, Köln)**

- Position: In einem Interview mit der Tagespost stellt er fest, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr ist, und sagt, „bestimmte Politiker üben über das Strafrecht Druck auf die Meinungsfreiheit aus“.
- Zitate: „Ich sehe eine Gefahr für die Meinungsfreiheit dadurch, dass bestimmte politische Kräfte, meist aus dem rot-grünen Spektrum, und NGOs wie „HateAid“ oder die „Amadeu Antonio Stiftung“ neue sprachliche Kategorien etabliert haben. „Hass und Hetze“ oder im Englischen „hate speech“ sind völlig undifferenzierte Begriffe, die zudem über die in Deutschland strafbaren Tatbestände hinausweisen. Es wird zunehmend versucht, einen moralischen Aspekt hineinzubringen und mithilfe dieser diffusen Begriffe zulässige Äußerungen zu unterdrücken. Dabei darf ich natürlich hassen. Ich darf schreiben „Ich hasse Gummibärchen“ und ich darf auch sagen „Ich hasse die CDU, die SPD, die AfD“ und so weiter. Solche Aussagen haben nicht zuletzt auch eine wichtige Ventilfunktion für den Diskurs.“
- „Der „Digital Services Act“ (DSA), wie die EU-Vorschrift heißt, sieht für die Sozialen Medien „Trusted Flagger“ vor. Das sind überwiegend staatlich finanzierte und zertifizierte Organisationen, die Äußerungen in den Sozialen Medien prüfen sollen. Angeblich haben die Personen gewisse Sachkenntnisse, aber bei den „Trusted Flaggern“ arbeiten bei weitem nicht nur Juristen, obwohl sie Meinungsäußerungen als unzulässig erkennen und

melden sollen. Die Plattformbetreiber sind wiederum verpflichtet, diese Meldungen vorrangig zu prüfen und gegebenenfalls zu löschen, ansonsten droht ein erhebliches Bußgeld. In Zweifelsfällen werden die Plattformbetreiber daher natürlich auch Aussagen löschen, die eigentlich zulässig sind.“

- „Gerade in Deutschland haben wir zudem äußerst zweifelhafte NGOs am Drücker. „Correctiv“ etwa arbeitet mit „Facebook“ zusammen. Das ist eine NGO, die mit zweieinhalb Millionen Euro an Steuergeldern finanziert wird und die in ihrer angeblich journalistischen Arbeit fast ausschließlich Themen aufgreift, die gut in das politische Konzept der aktuellen Financiers passen. Man wird bei „Correctiv“ kaum eine aktuelle Recherche zu Lasten eines rot-grünen Themas finden. Hier hat man den Bock zum Gärtner gemacht.“
- Quelle: <https://www.die-tagespost.de/kultur/medien/bestimmte-politiker-ueben-ueber-das-strafrecht-druck-auf-die-meinungsfreiheit-aus-art-260830>

---

### Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel (Wettbewerbs- und Medienrecht, Hamburg)

- Position: Er kämpft gegen illegale Sperrungen und Löschungen im Internet und warnt vor digitaler Zensur durch Big Tech und Regulierung; sein Buch thematisiert, wie Plattformen faktisch vorgeben, was wir schreiben dürfen – und was nicht.
- Steinhöfel kritisiert, dass Nutzerkonten gesperrt oder Inhalte entfernt werden, obwohl die Inhalte im Rahmen des deutschen Rechts zulässig sind.
- „BGH fügt Facebook schwere Niederlage zu - Was bedeuten die ersten Urteile? Von Joachim Nikolaus Steinhöfel • Die ersten beiden Entscheidungen sind eine Sensation. Die Geschäftsbedingungen sind unwirksam. Mit extrem weitreichenden Folgen. **Alle aktuellen Sperren und Löschungen sind, soweit nicht strafbar, unwirksam.**“ Quelle: [https://www.achgut.com/artikel/bgh\\_fuegt\\_facebook\\_schwere\\_niederlage\\_zu\\_was\\_bedeuten\\_die\\_ersten\\_urteile/P28](https://www.achgut.com/artikel/bgh_fuegt_facebook_schwere_niederlage_zu_was_bedeuten_die_ersten_urteile/P28)
- „Das hatte im April 2018 ein Ende, als wir die erste einstweilige Verfügung überhaupt erwirkt haben, die Facebook das Löschen und Sperren eines legitimen Inhaltes untersagte. Kurze Zeit später gab es ein richtungsweisendes, in eine ähnliche Richtung gehendes **Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das im Kern aussagte, dass Medien wie Facebook oder andere große Player, die eine wesentliche Rolle bei der Daseinsvorsorge spielen, unter bestimmten Voraussetzungen mittelbar an die Grundrechte gebunden sind. Das heißt, dass sie Artikel 3 – also den Gleichheitsgrundsatz, wonach alle Kunden/Nutzer gleich zu behandeln sind – vor allem aber Artikel 5 – die Meinungs- und Pressefreiheit – beachten müssen.**“ Quelle: [https://www.novo-argumente.com/artikel/es\\_wird\\_massenhaft\\_geloescht\\_was\\_nicht\\_geloescht\\_werden\\_darf](https://www.novo-argumente.com/artikel/es_wird_massenhaft_geloescht_was_nicht_geloescht_werden_darf)
- „Er ist wohl Deutschlands bekanntester Rechtsanwalt für Bürger, die sich mit übergriffigen Politikern und sozialen Medien konfrontiert sehen. Nun hat er ein neues Buch geschrieben: „Die digitale Bevormundung“. Darin beschreibt er, wie sich die großen sozialen Medien und digitalen Dienstleister – allen voran Facebook und Google – anmaßen, die Meinungen der Menschen formen zu wollen. Die Politik unterstützt sie nicht nur dabei, sondern treibt diese Entwicklung auch noch voran. „Wie lächerlich muss man sein?“, urteilt er über

Politiker, die die Justiz bemühen, um gegen Satire und Witze vorzugehen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP-Spitzenkandidatin für die Europawahl, soll aus diesen Prozessen gegen Bürger ein regelrechtes Geschäftsmodell gemacht haben, so der Anwalt. In der Demokratie muss auch harte Kritik erlaubt sein. „Wir leben in einer völlig absurden Debattenkultur“, findet Steinhöfel. Kritik an den Mächtigen, auch harte und polemische, muss immer möglich sein.“ Quelle: <https://www.logistik-express.com/steinhoefel-verteidigen-wir-unsere-grundrechte-interview-mit-joachim-steinhoefel/>

- Quelle: Buchbeschreibung „Die digitale Bevormundung: Wie Facebook, X (Twitter) und Co. uns vorschreiben, was wir sagen dürfen – und was nicht“. <https://www.amazon.de/Die-digitale-Bevormundung-vorschreiben-schreiben/dp/3959725701> ; <https://www.welt.de/wirtschaft/plus251431232/Meinungsfreiheit-Fuer-Joachim-Steinhofel-ziehen-Strafgesetze-richtigen-Rahmen.html> ; Der Staat gegen Steinhöfel: Wie der Staat das Recht beugt, die Meinungsfreiheit attackiert – und warum Sie der Nächste sind. <https://www.amazon.de/Staat-gegen-Steinh%C3%B6fel-Meinungsfreiheit-bek%C3%A4mpft/dp/3690662591/>

---

#### **Rechtsanwalt Prof. Dr. Ralf Höcker (Medienanwalt, Köln)**

- Position: Nennt das geplante „Lügenverbot“ der Bundesregierung einen „Angriff auf die Meinungsfreiheit und Gefahr für die Demokratie“ und warnt vor übergriffigen Zensurmechanismen.
- Quelle: Gastbeitrag in der Berliner Zeitung. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/das-luegenverbot-der-bundesregierung-angriff-auf-die-meinungsfreiheit-und-gefahr-fuer-die-demokratie-li.2317586>

---

#### **Rechtsanwalt Prof. Niko Härting (IT- und Medienrecht, Berlin)**

- Position: Kritik am NetzDG seit Entwurfsphase; in seinem Beitrag „Kurzer Prozess für die Meinungsfreiheit: Entwurf eines ‚Netzwerkdurchsetzungsgesetzes‘“ bezeichnet er den Gesetzentwurf als verfassungswidrig und sieht die Meinungsfreiheit durch Overblocking bedroht.
- Quelle: IT-Rechts-Blog bei Otto Schmidt. <https://www.otto-schmidt.de/blog/it-recht-blog/kurzer-prozess-fur-die-meinungsfreiheit-entwurf-eines-netzwerkdurchsetzungsgesetzes-ITBLOG0003529.html>

---

#### **Rechtsanwalt Till Win (Anwalt für Sozialrecht und Arbeitsrecht)**

- Position: Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist das Grundrecht der Meinungsfreiheit gem. Art. 5 GG für eine Demokratie von „konstituierender“ Bedeutung. Mit anderen Worten: ohne Meinungsfreiheit, keine Demokratie. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kommt dem Staat selbst kein grundrechtlich fundierter Ehrenschatz zu. Der Staat hat grundsätzlich auch scharfe und polemische öffentliche Kritik auszuhalten.

- Problematisch an dem Tatbestand des § 188 (Politikerbeleidigung) ist, dass er erhöhte Strafzumessungen vorsieht, wenn sich das Delikt statt gegen einfache Bürger gegen einen Politiker richtet, obwohl das Bundesverfassungsgericht ja gerade der Machtkritik einen besonderen grundrechtlichen Schutz gewährt.
- *So hat auch das Bayerische Oberste Landesgericht mit Beschluss vom 12. Dezember 2024 – 203 StRR 599/24 –, Rn. 12, juris, zutreffend wie folgt ausgeführt: „Die Grenzen zulässiger Kritik sind bei Politikern weiter zu ziehen als bei Privatpersonen.“* Man dürfte daher meinen, dass es dem Bürger hinsichtlich der Strafzumessung eher zugutekäme, wenn bei der Ausübung von Machtkritik gegenüber Politikern die teilweise schwer abgrenzbare Linie von geschützter Meinungsäußerung zur strafbaren Beleidigung, Verleumdung oder übler Nachrede überschritten wird. Stattdessen sieht § 188 StGB im Widerspruch zum besonderen Schutz der Machtkritik einen erhöhten Strafraum für Bürger vor, welche die Grenze der zulässigen Machtkritik überschreiten. Hinzu kommt, dass alleine durch die vermehrte Einleitung von Strafverfahren wegen der Äußerung von Machtkritik ein Klima der Verunsicherung und Repression bei regierungskritischen Bürgern entstehen kann, die schwerwiegende Folgen für die tatsächliche Ausübung von Machtkritik und die Meinungsfreiheit haben kann.
- Quelle: <https://rechtsanwalt-win.de/meinungsfreiheit/>

---

### Rechtsanwalt Manfred Kölsch (ehem. Richter, jetzt Rechtsanwalt in Berlin)

- Position: Er gab das Bundesverdienstkreuz zurück: „Ich bin Manfred Kölsch. **In meiner fast 40jährigen Tätigkeit als Richter hätte ich mir nicht gedacht, dass ein Virus die deutsche Verfassungsarchitektur aus den Angeln heben könnte.** Der Föderalismus wird mit Hilfe der Ministerpräsidenten zu Grabe getragen. Der beschlossene Inzidenzwertautomatismus verstößt gegen das Rechtsstaatsprinzip, da es ein Maßnahmengesetz ist und die Verkürzung des Individualrechtsschutzes verstößt gegen Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz. 80 Millionen Bürger werden von einem Lockdown in den anderen geführt aufgrund von unzulänglichen PCR-Tests und **beliebigen Inzidenzwerten** – ohne sichtbaren Erfolg. Dabei werden die tatsächlich Gefährdeten nicht ausreichend geschützt. **Unsere Kinder gehören sicherlich nicht zu den Gefährdeten oder den Gefährdeten.** Das ist vielfach belegt und dennoch werden sie täglich mit Tests, Masken und bald auch Impfungen traktiert. Mit einem beschlossenen **Inzidenzwert von 165, der geradezu an Willkür grenzt**, steht ihnen der nächste Lockdown bevor. **Ich protestiere gegen diese unverhältnismäßige Maßnahme der Exekutive, aber auch gegen die unzulängliche Kontrolle der Exekutive durch die Rechtsprechung.** Ich protestiere speziell dadurch, dass ich jetzt das **mir vor vielen Jahren verliehene Bundesverdienstkreuz zurückgebe.**“ Dr. Manfred Kölsch, Trier, Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Z7X1KE-ZUqA&t=2s>
- „Kritik am Digital Services Act - Die Meinungsfreiheit stirbt hinter schönen Fassaden
- Artikel 1 des Digital Services Act bestimmt, Meinungs- und Informationsfreiheit müssten, trotz der vorzunehmenden Regulierung, entsprechend der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ geschützt werden. Die Europäische

Kommission bestimmt selbst, dass deshalb ausschließlich rechtswidrige Einträge gelöscht werden dürften. Einträge, die nur schädlich seien, dürften keiner Pflicht zur Entfernung unterliegen, weil das schwerwiegende Auswirkungen auf den Schutz der Meinungsfreiheit hätte. **Dieses Bekenntnis zum Schutz von Artikel 11 der EU-Grundrechtecharta, Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und letztlich auch Artikel 5 des Grundgesetzes ist aber nur Fassade. Dahinter wird die Axt an fundamentale Grundsätze unseres demokratischen Gemeinwesens gelegt. Nach Artikel 34 des DSA haben die Plattformen nicht nur rechtswidrige Einträge zu löschen. Sie sollen bei der Überprüfung der Einträge auf deren Löschungsbedürftigkeit ihr besonderes Augenmerk auf „kritische“ und auf „nachteilige“ Einträge legen.**

- **Die sogenannten Erwägungsgründe zum DSA verdeutlichen das demokratiefeindliche Anliegen der Kommission. Nach Nr. 5 sind nicht nur rechtswidrige, sondern auch „anderweitig schädliche Informationen“ zu löschen.** Nach Nr. 84 sollen sich die Plattformbetreiber auch auf nicht rechtswidrige Informationen konzentrieren. Sie sollen verhindern, dass „irreführende und täuschende Inhalte, einschließlich Desinformationen“ verbreitet werden. Der Begriff *Desinformation* ist in dem DSA indes nirgends definiert. Die Kommission hat in dem Begriff im Jahre 2018 „nachweislich falsche und irreführende Informationen“ gesehen.
- **Die demokratische Auseinandersetzung wird verkümmern**
- Ist das schon Zensur? Auf jeden Fall bleibt der Bürger orientierungslos zurück, wenn er seine Mitteilungen an dem ausrichten soll, was in den aktuellen politischen Meinungskorridor passt. Er wird deshalb das von dem DSA gelegte Minenfeld nicht betreten, um immanente soziale Nachteile für sich zu vermeiden. Das Lebenselement freiheitlicher Grundordnung – die ständige geistige und demokratische Auseinandersetzung auch mit gegenteiligen Meinungen (BVerfGE 7,198; 20,162, Rz. 36; 86,122,Rz. 19) – wird verkümmern. Betreutes Denken wird um sich greifen.
- Der Bestimmtheitsgrundsatz verlangt, dass eine gesetzliche Ermächtigung an die Exekutive nach Inhalt, Zweck und Ausmaß hinreichend bestimmt und begrenzt ist. Nur dadurch wird Handeln der Ermächtigten messbar und in erträglichem Ausmaß für den Bürger voraussehbar und berechenbar. (BVerfGE 56,1, Rz. 12)“
- Quelle: <https://www.cicero.de/kultur/-der-digital-services-act-im-licht-der-verfassung>
- „Richter sieht Meinungsfreiheit in Gefahr“.
- Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/urteil-ueber-geloeschte-beitraege-zur-corona-impfung-richter-sieht-meinungsfreiheit-in-gefahr-li.2234309>

---

**Rechtsanwalt Wolfgang Kubicki (Stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP; Vizepräsident des Deutschen Bundestages (2017–2025))**

- Position: Nicht nur formale Zensur bedroht die Meinungsfreiheit, sondern ein Zusammenspiel aus staatlicher Regulierung, strafrechtlicher Eskalation, politischer Debattenlenkung und gesellschaftlicher Ächtung. In seinen

Beiträgen und Interviews beschreibt er dabei mehrere wiederkehrende Problemfelder:

- Die „Meinungskorridore“ werden enger: Er begründet das mit einer Entwicklung, in der die Grenze zwischen scharfer (noch zulässiger) Kritik und sanktionierter Äußerung immer enger gezogen werde – nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch eine zunehmend empfindliche öffentliche Debattenkultur.
- Staatliche Sortierung in „gute“ und „krude“ Meinungen gefährdet das Verfassungsfundament. Sobald Politik oder Behörden beginnen, Inhalte nach politischer Opportunität zu bewerten („gute“ vs. „krude“ Meinungen), werde der Kern liberaler Demokratie verlassen. Kubicki formuliert das als Warnung vor einer staatlichen Debattenlenkung und verteidigt ausdrücklich, dass Meinungsfreiheit auch Unbequemes, Absurdes und Irritierendes umfassen muss.
- Einschüchterung durch Strafverfolgung und „Überreaktionen“ – Beispiel politischer Beleidigungen: Kubicki kritisiert wiederholt eine Praxis, in der strafrechtliche Mittel (Anzeige, Ermittlungen, Hausdurchsuchungen) in politischen Auseinandersetzungen schnell eingesetzt würden. In einem vielbeachteten Beitrag warnt er davor, dass so offensichtlich ein Klima der Einschüchterung geschaffen werde – mit der Folge, dass Menschen aus Angst vor Konsequenzen schweigen oder sich nur noch vorsichtig äußern.
- Plattformregulierung: Im Streit um stärkere Regulierung digitaler Plattformen argumentiert Kubicki, der Ruf nach Einschränkung „kruder“ Positionen klinge zwar nach Demokratieschutz, öffne aber die Tür zu Methoden, die man eher aus illiberalen Systemen kenne: Regierung und Behörden sollen nicht die Grenzen des Sagbaren administrieren, sondern Recht durchsetzen, wo Straftaten vorliegen – ohne politische Meinungssteuerung.
- Gesellschaftliche „Cancel Culture“ und Selbstzensur: Kubicki betont, dass Einschränkungen nicht zwingend als klassisches Staatsverbot auftreten müssen. Er beschreibt vielmehr einen Zustand, in dem Menschen glauben, nicht mehr alles sagen zu können – wegen Shitstorms, beruflicher Risiken, moralischer Brandmarkung oder sozialer Ausgrenzung. Diese Selbstzensur sei demokratieschädlich, weil sie den offenen Streit der Argumente ersetzt durch Schweigen, Lagerdenken und aggressive Empörung.
- Quellen: <https://www.fdp.de/person/wolfgang-kubicki> ; [https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang\\_Kubicki](https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Kubicki) ; <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/bundestagsvizepraesident-kubicki-530124> ; <https://www.fdp.de/die-meinungsfreiheit-ist-unter-druck-geraten> ; <https://www.fdp.de/das-lebenselixier-unserer-demokratischen-verfassung> ; <https://www.welt.de/254607236> ; <https://web.de/magazine/politik/fdp-vize-kubicki-gut-meinungsfreiheit-41168384> ; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article256186468/Meinungsfreiheit-Instrumente-von-Autokraten-Kubicki-greift-Prien-wegen-Vorstoss-zu-Regulierung-an.html> ; <https://westendverlag.de/Meinungsunfreiheit/1900> ; <https://westendverlag.de/Aufwind-im-freien-Fall/2304> ; <https://www.tagesspiegel.de/politik/cbs-doku-uber-kampf-gegen-hasskriminalitat-trump-vize-kritisiert-deutsche-justiz--auch-kubicki-sieht-autoritare-auswuchse-13225357.html>

**Fazit: Diese Beispiele aus allen Bereichen – ob Wissenschaft, Justiz, Digitalwelt, Journalismus, Kunst, Religion oder Alltag – belegen eindrücklich, dass Millionen Bürger sowie enorm viele Fachleute und Organisationen eine Reduktion der Meinungsfreiheit in Deutschland kritisieren.** Löschungen in den sozialen Netzwerken, sozialer Druck, Selbstzensur aus Angst vor Shitstorms, „Cancel“-Kampagnen, Hausdurchsuchungen wegen satirischer Posts und weitere überzogene staatliche Reaktionen beeinträchtigen die Meinungsfreiheit. All diese Stimmen – von Reporter ohne Grenzen über Hochschulverbände, vom Chaos Computer Club bis hin zu Künstlern, von Ärzten bis hin zu Impfpfern, von Justizopfern verfassungswidriger Hausdurchsuchungen bis hin zu enorm vielen rechtswidrig gelöschten Meinungen auf sozialen Plattformen – liefern genügend Belege dafür, dass **die Meinungsfreiheit aus Sicht von Millionen Menschen in Deutschland unterdrückt wird. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, diese verfassungswidrigen Beschränkungen der Meinungsfreiheit wieder abzuschaffen sowie die verfassungsmäßig garantierte Meinungsfreiheit wiederherzustellen.**

Diesen Anliegen widmet sich die Initiative Freiheit in Deutschland. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass die Freiheit und Meinungsfreiheit in Deutschland wieder ein Niveau erreicht, wie es beispielsweise vor 40 Jahren gegeben war. Daran können Sie sich beteiligen! Unterstützen Sie unsere Initiative durch Ihre Unterschrift und als Multiplikator (z. B. durch Teilen und Weiterleiten) und helfen Sie, dass wir unser Ziel erreichen.

Die wichtigsten Informationen dazu erhalten Sie auf unserer Website

**[www.Freiheit-in-Deutschland.de](http://www.Freiheit-in-Deutschland.de)**

**Zehn Thesen für die Freiheit und die Meinungsfreiheit  
finden Sie auf**

**<https://freiheit-in-deutschland.de/zehn-thesen/>**

Wir freuen uns auf Ihre Hilfe und Unterstützung!

Herzliche Grüße  
Ihr



Prof. Dr. Bernd Jöstingmeier

**P.S.:** Um den Diskussionsraum wieder zu öffnen, veröffentlicht die Initiative Freiheit in Deutschland **Satirebilder und Karikaturen mit Texten unter der Überschrift „Erlaubte Meinung“**, um Diskussionen zu Meinungen anzuregen, die nach **Wahrnehmung vieler Menschen im öffentlichen Raum unterdrückt werden. 30 Millionen Bürger gehen subjektiv davon aus, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland nicht mehr voll gewährleistet ist.** Die vollständigen Texte erhalten Sie unter: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Lassen Sie uns parteiübergreifend diskutieren, wie wir die ursprüngliche Meinungsfreiheit in Deutschland und der Europäischen Union wieder herstellen können. Alle Bürger und alle Parteien Deutschlands sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

**Erlaubte Meinung: Wir lehnen Zensurwünsche ab! Die Pressefreiheit gilt vollständig – auch für neue Medien wie NIUS, Apollo News und andere. Und: Warum ein Social-Media-Verbot bis 16 und eine Ausweis-Klarnamenpflicht völlig falsch wären**



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

**Quelle:** <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Die Meinungsfreiheit wird in der Europäischen Union unterdrückt



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Die Meinungsfreiheit und Abstimmungsfreiheit von Bundestagsabgeordneten sind reduziert



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Die Ergebnisse der Enquete-Kommission  
'Corona' sind erschreckend!



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Die Nachweispflicht nach dem Masernschutzgesetz – Der Staat bestraft die Kinder



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: § 188 StGB muss abgeschafft werden!



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Es darf keine einzige Hausdurchsuchung mehr stattfinden, wenn die Hausdurchsuchung eine schlimmere Bestrafung darstellt als das mögliche Gerichtsurteil



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urт. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urт. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urт. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Der Satz „Im Zweifel für den Angeklagten“ muss in Gerichtsverfahren ein hohes Gewicht erhalten



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urte. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urte. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urte. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: „Verschwörungstheoretiker“ ist ein ideologischer Kampfbegriff, den niemand verwenden sollte



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Du finanzierst den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wer schützt dort die Meinungsfreiheit?



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Die Übersterblichkeit wurde zum größten Teil durch die Impfungen verursacht – Neue Studie findet Zusammenhang mit Impfungen



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Meinungsfreiheit ist ein wichtiger Innovationsfaktor!



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Bundesgesundheitsminister Lauterbach und die erstaunliche Stabilität seiner Fehleinschätzungen



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Der Gesundheitsminister der USA, Robert F. Kennedy, hat Recht!



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

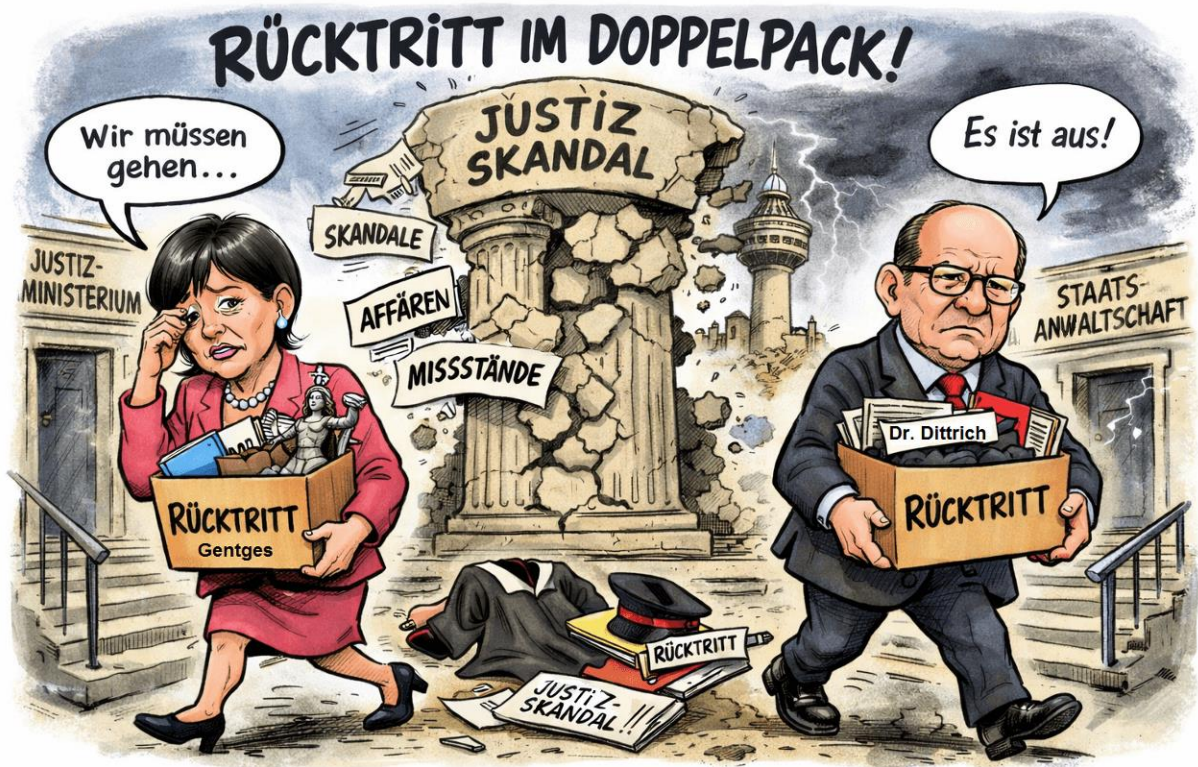
## Erlaubte Meinung: Die politische Werbefreiheit im Internet auf dem Scheiterhaufen – Der Gesetzentwurf



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

Erlaubte Meinung: Justizministerin Marion Gentges und der  
Leiter der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Dr. Joachim Dittrich,  
müssen zurücktreten



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Justizskandal in Baden-Württemberg – Michael Ballweg im Gefängnis



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

Quelle: <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>

## Erlaubte Meinung: Warum viele Impfpflichter ihren Schaden als „Long Covid“ tarnen



Da in Deutschland im Zusammenhang mit satirischen Äußerungen/Posts bereits Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wird hier vorsorglich festgestellt: Es handelt sich um Satire – Symbolbild – Karikatur – Kommentar – Zuspitzung, keine Tatsachenbehauptung – geschützt durch Artikel 5 Grundgesetz (vgl. bspw. EGMR, Urt. v. 20.10.2009, Nr. 41665/07; EGMR, Urt. v. 25.04.2007, Nr. 68354/01; EGMR, Urt. v. 14.03.2013, Nr. 26118/10; BVerfG, 28.07.2014 – 1 BvR 482/13; BVerfG, 10.07.2002 – 1 BvR 354/98)

**Quelle:** <https://freiheit-in-deutschland.de/erlaubte-meinungen/>